

Regierungspräsidium
Kassel

WIR MACHEN STAAT.KLAR



WIR MACHEN STAAT.KLAR

Eine Veröffentlichung des Regierungspräsidiums **Kassel**

Regierungspräsidium Kassel

Am alten Stadtschloss 1

34117 Kassel

Telefon: 0561-106-0

Fax: 0561-106 1611

E-Mail: poststelle@rpks.hessen.de

Konzept, Texte, Redaktion

Michael Conrad, Pressesprecher des Regierungspräsidiums Kassel

Claus Peter Müller von der Grün, Publizist

Satz und Gestaltung

Werbeagentur Wunschvater

www.wunschvater.de

Fotografie

Jürgen Emde

www.j-em.de

weitere Bilder siehe Bildunterschrift

Druck

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH













www.grafische.net

Auflage

3.000 Stück

Oktober 2017

Inhalt

	Vier Ziele, die uns leiten	2
	Editorial	3
	Regierungspräsidien sind ein wichtiger Bestandteil moderner Landesverwaltung! Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum	4
	Die starke Region noch stärker machen Regionalplanung im RP Kassel	14
	Das Bewährte für eine gute Zukunft sichern Regionalplanung bewahrt alte Infrastruktur als Option	22
	Zusammenspiel auf hohem Niveau Mitglieder des Präsidiums der Regionalversammlung im Interview	32
	Kompetenz-Netzwerk unterm Schutzschild Regierungspräsidium bringt kommunale Finanzen auf Kurs	36
	Gut gemacht: Für die Jüngsten in ganz Hessen Vom RP Kassel kommen die Mittel für die Kinderbetreuung im Lande	46
	Komplexes Verfahren sicher im Hafen Der RP navigiert und bündelt im hohen Norden des Regierungsbezirks	52
	Innovation leben und Transformation begleiten Die kasseler Verwaltungswissenschaftlerin Prof. Dr. Sylvia Veit über Zukunftsthemen für die Regierungspräsidien	62
	Die Politik kommt wirklich im Alltag an Claus Peter Müller von der Grün	72
	Organisation und Ausbildung	76



Für Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke und Regierungsvizepräsident Hermann-Josef Klüber ganz klar: „Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel – wir machen Staat für NordOstHessen und die Menschen in unserer Region.“

Vier Ziele, die uns leiten

I Das Regierungspräsidium vertritt die Interessen Nord- und Ost Hessens. Wir nehmen aktiv eine Moderatorenfunktion wahr, ergreifen Initiativen und sind Sprachrohr der Region.

II Das Regierungspräsidium ist als einzige Landesbehörde in der Region im Bereich der Allgemeinen Verwaltung mit seiner hohen Kompetenz in vielen Fachbereichen mit seiner Bündelungsfunktion unverzichtbar. In dieser Rolle führen wir komplexe Verfahren mit abgestimmten Entscheidungen zum Ziel.

III Das Regierungspräsidium trägt auf allen ökonomischen, ökologischen und sozialen Handlungsfeldern zur Entwicklung von Nord- und Ost Hessens bei. Für unsere Region verstehen wir uns als kundenorientierte Dienstleistungsbehörde. Im Auftrag der Landesregierung nehmen wir auch landesweit Aufgaben kompetent und effizient wahr.

IV Das Regierungspräsidium arbeitet effizient und zukunftsorientiert. Wir tragen den Anforderungen einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft nach umfassender Information und schnellen Verfahren Rechnung.



Liebe Leserin, lieber Leser,

wir sind eine Behörde. Und wir haben ein Leitbild. Zugegeben, darum liest sich das Leitbild auch ein wenig so, wie das einer Behörde. Wir versprechen eben nicht das Blaue vom Himmel, sondern wir stehen im Dienst eines Landes, einer Region und der Menschen, die hier leben. Wir machen also Staat. Unser Leitbild erinnert uns jeden Tag daran, dass wir für die Menschen, für unsere Region und für unser Land arbeiten. Und darum leben wir unser Leitbild. Wie wir dies ganz praktisch tun, und wie das bei denen, für die wir es tun, ankommt, genau das wollen wir anhand weniger Beispiele auf den folgenden Seiten und mit vertiefenden Beiträgen im Internet klar machen. Prof. Dr. Bogumil von der Uni Bochum ordnet zu Beginn ein, woher die Bündelungsbehörden historisch kommen und was sie wert sind. Und Prof. Dr. Veit von der Uni Kassel blickt zum Ende für uns in die Zukunft von Verwaltung. Dazwischen zeigen wir in journalistisch verfassten Beiträgen, was wir können und wie wir das machen.

Wir erbringen Leistungen für das ganze Land und sorgen dafür, dass die Finanzierung jedes einzelnen Kindergartenplatzes funktioniert. Dies und noch viel, viel mehr bewegt unser Förderdezernat. Weil das so ist, nennen es wir am liebsten Dezernat für die soziale Infrastruktur.

Als Genehmigungsbehörde müssen unsere Entscheidungen nicht jedem gefallen; nicht einmal uns selbst. Aber sie müssen Recht und Gesetz folgen. Darauf haben die Menschen einen Anspruch, und darum ist das unser Anspruch. Wir vermitteln zwischen Land und Kommunen und machen aus Politik und Gesetzen Wirklichkeit. Und in der Regionalplanung geben wir gemeinsam mit der Regionalversammlung den Wünschen, wie wir morgen gut leben möchten, einen Rahmen.

Dafür haben wir unglaublich viel Fachwissen unter einem Dach gebündelt. Auf den folgenden Seiten erhalten Sie einen kleinen Einblick. Klar: Wir machen auch Staat, indem wir Verkehrssünder verfolgen – damit die vielen anderen Menschen sicherer unterwegs sein können. Und erst recht machen wir Staat, indem wir die Gesetze anwenden, die unsere Parlamentarier beschlossen haben. Und wie wir das tun, erklären wir gern; auch gern öfter.

Wir machen eben gern Staat klar.

Ihr





Regierungspräsidien sind ein wichtiger Bestandteil moderner Landesverwaltung!

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum

Bezirksregierungen oder Regierungspräsidien bestehen in Deutschland im Prinzip seit nahezu 200 Jahren. Diese sogenannten Mittelbehörden der allgemeinen Verwaltung wurden zunächst in Preußen im Rahmen der Stein/Hardenberg-Reformen 1808 eingeführt und in den folgenden Jahren und Jahrzehnten auch in zahlreichen anderen deutschen Staaten als regionale Bündelungsbehörden eingerichtet. In dem Begriff „Regierung“ wird die Stellvertreterfunktion deutlich. Die **Bündelung ressortspezifischer Entscheidungen** war von Anfang an eine **Kernfunktion** der Bezirksregierungen.

„Bündelung war von Anfang an eine Kernfunktion der Bezirksregierungen.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen sich alle bundesdeutschen Flächenländer mit Ausnahme der kleinsten Flächenländer Schleswig-Holstein und Saarland, allgemeine Verwaltungsbehörden der Mittelinstanz einzurichten. Nach der Wende wurde in Ostdeutschland in den einwohnermäßig kleinsten Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf Regierungspräsidien verzichtet. Zur Zeit gibt es, nachdem in Niedersachsen die Bezirksregierungen im Jahr 2005 aufgelöst wurden, in acht von 13 Flächenländern verschiedenste Formen von staatlichen Mittelinstanzen (regional ausgerichteten Mittelinstanzen in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen, Landesverwaltungsämtern in Sachsen-Anhalt und Thüringen, mit funktionalem Aufgabenzuschnitt in Rheinland Pfalz). Vor diesem Hintergrund

lassen sich die 13 Flächenländern grob in zwei Aufbaumodelle unterscheiden:

- Kennzeichen der **zweistufigen Konzentration** ist es, dass bei Abwesenheit von Regierungspräsidien versucht wird, die dadurch in stärkerem Ausmaß vorhandenen Sonderbehörden durch Zusammenführung (Konzentration) oder Umwandlung in Landesbetriebe zu reduzieren (Schleswig-Holstein, Brandenburg, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen seit 2005). Zudem wird eine Rückführung des Umfangs der unteren Landesverwaltung angestrebt. Dies geschieht durch ihre Integration in obere Landesbehörden oder indem Aufgaben auf Kommunen und Kreise verlagert werden. Letzteres wiederum ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften.
- Das Modell der Dreistufigkeit

„Bezirksregierungen müssen lokale und regionale Akteure aktivieren sowie zum Ausgleich von Interessen beitragen.“

zeichnet sich durch eine bündelnde staatliche Mittelinstanz aus, die jedoch verschiedene Formen annehmen kann: Landesverwaltungsämtern in Sachsen-Anhalt und Thüringen, ein funktionaler Aufgabenzuschnitt in Rheinland-Pfalz und die regional ausgerichteten Mittelinstanzen in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Trend der letzten Jahre geht zur Integration von unteren und oberen Sonderbehörden in Kommunen und staatlichen Mittelinstanzen. Dieses Modell wird als **konzentrierte Dreistufigkeit** bezeichnet.

Regierungspräsidien als staatliche Mittelinstanzen stehen zwischen den obersten Landesbehörden, den Ministerien, und den Kommunen. Sie sollen Ministerien entlasten, kommunale Aufgaben koordinieren helfen und zugleich als Aufsichtsbehörde und Widerspruchsinstanz

kontrollieren. Im Einzelnen geht es um folgende Funktionen:

- **Aufsicht:** Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht über nachgeordnete staatliche Behörden (Behörden des Arbeits- und Immissionsschutzes, Polizei, Schulen, Stiftungen) sowie Fach- und Rechtsaufsicht gegenüber den Kommunen, insbesondere auch die Genehmigung der kommunalen Haushalte.
- **Ordnung:** Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Brand- und Katastrophenschutz, Verkehrssicherheit, Lebensmittelüberwachung oder Bauaufsicht.
- **Bewilligung:** Bewilligung und Kontrolle von Fördermitteln aus Landes- und Bundesprogrammen in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Städtebau, Krankenhausbau, Wirtschaftsförderung, Sport und Kulturpflege.
- **Genehmigung:** Genehmigungen für die Errichtung und den

Betrieb technischer Anlagen und für sach- und personenbezogene Angelegenheiten.

- **Planung:** Planungsfunktionen in der Raumordnung durch die Konkretisierung von Landesvorgaben und die Koordinierung örtlicher Planungen.

Im Rahmen dieser Aufgaben müssen die Regierungspräsidien bei divergierenden Zielen verschiedener Ministerien eine **Bündelungsfunktion** wahrnehmen, zur optimalen Umsetzung staatlicher Ziele manchmal lokale und regionale Akteure **aktivieren** sowie vertikal und regional zum **Ausgleich** von Interessen beitragen. Die Bündelungsfunktion wird häufig als zentrale Funktion der Bezirksregierungen angesehen. Die Aufgaben der Landesverwaltung, die in den Ministerien nach funktionalen Kriterien getrennt sind, werden in den Mittelbehörden zusammengeführt und koordiniert.

„Vor allem die koordinierende und bündelnde Funktion der Regierungspräsidien ist schwer zu ersetzen.“

Bündelung bedeutet dabei die Betrachtung eines Problems aus unterschiedlichen Blickwinkeln sowie den Versuch der Koordination und, wenn nötig, die Suche nach einem Kompromiß. Ein schönes Bild für diese Funktion stellt das Modell des Prismas dar, wonach in den Mittelinstanzen eine brennpunktartige Bündelung der Staatsfunktionen stattfindet, während sich die Regierung in der zentralen Ebene und die Verwaltung in der Unterstufe arbeitsteilig auffächern.

Die Frage, ob man in Flächenländern Bezirksregierungen braucht, hängt von den Alternativen ab. Ohne Bezirksregierungen müssen deren Aufgaben von den Ministerien und Oberbehörden und von den Kommunen wahrgenommen oder gestrichen werden. Insofern wird allgemein davon ausgegangen, dass vor allem die koordinierende und bündelnde Funktion von Regierungsprä-

sidiens schwer zu ersetzen ist, da in ihnen Aufgaben aus verschiedenen Ressorts zusammenlaufen und ein Interessenausgleich stattfindet.

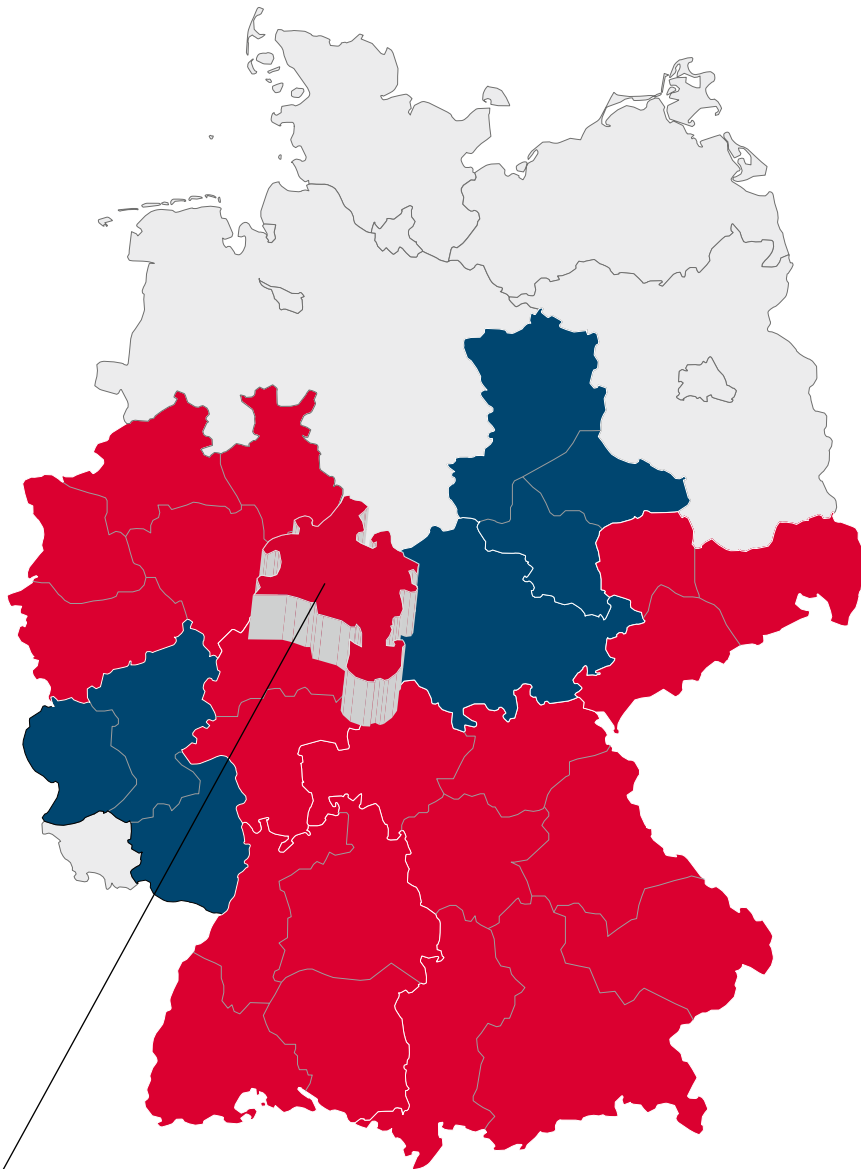
Allerdings wurde der Zuschnitt der Bezirksregierungen immer mal wieder diskutiert und auch die Aufgabenbereiche unterscheiden sich z.T. zwischen den Bundesländern. Insgesamt finden sich in der schon länger andauernden Diskussion um die Rolle der Bezirksregierungen folgende Argumente:

- Unstrittig ist die Notwendigkeit einer Bündelfunktion, bestritten wird indes, ob die Bezirksregierungen diese auch angemessen ausüben, und diskutiert, ob diese nicht auch von anderen Institutionen wie höheren Kommunalverbänden erfüllt werden können.
- Sonderbehörden werden in der Regel als Gefahr für Verwaltungseffizienz angesehen und

insofern in Zeiten zunehmender Haushaltskonsolidierung immer mehr in Frage gestellt. Dies beinhaltet in der Regel eine Zuweisung eines Teils ihrer Aufgaben an die Bezirksregierungen. Kritisiert wird jedoch, dass dies zu Implementationsdefiziten bei der Erfüllung von Fachaufgaben führt.

- Umstritten ist die Mittlerfunktion zwischen Land und Kommunen angesichts des personellen Ausbaus von Ministerien und der Professionalisierung in den Kommunen. Insofern wird generell eine Kommunalisierung von Aufgaben als sinnvoll erachtet, was zu einer Verschlinkung der Bezirksregierungen führen könnte. Allerdings wird davor gewarnt, zu viel staatliche Aufgaben an die Kommunen zu delegieren, da dies die kommunale Selbstverwaltung schwächen würde.

VERWALTUNGSBEHÖRDEN IN DEUTSCHLAND



Regierungspräsidium Kassel
Größter Regierungsbezirk in Deutschland

- Flächenländer ohne Mittelinstantz
- Flächenländer mit regionaler Mittelinstantz
- Flächenländer mit Landesverwaltungsämtern
- Regierungsbezirke

„Deutlich wird das Fehlen einer Bündelungs- und Koordinierungsbehörde in Niedersachsen.“

Letztendlich geht es bei der Diskussion um Regierungspräsidien in erster Linie darum, ob im jeweiligen Land eine **Bündelungs- und Koordinierungsbehörde unterhalb der Ministerienebene** und oberhalb der kommunalen Ebene **benötigt** wird oder nicht.

Je mehr Sonderbehörden in einem Bundesland bestehen, desto schwieriger ist die Bündelung und Koordinierung in den Bezirksregierungen. Zudem führt dies manchmal zu einer „Doppelverwaltung“ zwischen allgemeinen und besonderen Behörden auf der Mittelstufe, sodass gleiche Aufgaben sowohl von einer allgemeinen als auch einer Fachbehörde wahrgenommen werden und so Ineffizienzen entstehen.

Deutlich wird das Fehlen einer Bündelungs- und Koordinierungsbehörde am Beispiel von Niedersachsen, das einzige

Land, das den „Systemwechsel“ von der drei- zur zweistufigen Gliederung vorgenommen hat. Niedersachsen hat im Jahr 2005 durch die Auflösung der Bezirksregierungen auf eine fachübergreifende Bündelungsinstanz der mittleren Ebene verzichtet. Auf staatlicher Ebene wurde durch die verstärkte Zusammenarbeit von Sonderbehörden eine Bündelung angestrebt. Zudem wurden vier Regierungsvertretungen mit jeweils unter 50 Mitarbeitern eingerichtet. Diese strukturellen Veränderungen gingen Hand in Hand mit wesentlichen prozessualen Modifikationen (u.a. Einstufigkeit des Widerspruchsverfahrens, Wegfall bzw. Verlagerung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren, veränderte Fach- und Kommunalaufsicht).

Bereits vor der Abschaffung der staatlichen Mittelinstanzen warnten zahlreiche Verwaltungs-

„Es ist nicht erstaunlich, dass der niedersächsische Weg keine Nachahmer gefunden hat.“

praktiker und Wissenschaftler vor diesem Schritt. Auch wies der Niedersächsische Landesrechnungshof auf die fehlende Grundlage einer solchen Entscheidung, eine Aufgabenkritik, hin. Mittlerweile liegen einige Informationen zu den Reformeffekten vor.

- Erklärtes Ziel der Reform war der Abbau von „Doppelstrukturen“. Ist mit Doppelstrukturen lediglich die Verfahrensbeteiligung mehrerer Behörden gemeint, so änderte sich daran durch die Auflösung der Bezirksregierungen kaum etwas: Reffken¹⁾ zeigt am Beispiel der Gewässerverwaltung eindrucklich, dass nach wie vor eine fast identische Zahl an Behörden und Verwaltungseinheiten mit den Verfahren befasst sind und faktisch die Dreistufigkeit weiterhin besteht. Das in der Vermarktung der Reform regelmäßig vorgebrachte Argument, dass eine Abschaffung der Mittelinstanzen zu mehr Klarheit im Verwaltungsaufbau führen

würde, bestätigte sich nicht. Im Gegenteil: Da die Zuständigkeitsverteilung keinem nachvollziehbaren Konzept folgte, ist für Außenstehende die Transparenz gesunken.

Mit der Auflösung der Mittelinstanzen sind Verantwortlichkeiten bei einem bunten Strauß von Institutionen (Sonderbehörden, Landesbetriebe, Kommunen bzw. kommunale Spitzenverbände, eine Bank, Kammern, Private) „abgeladen“ und neue Behörden geschaffen worden.

- Offiziell war man in Niedersachsen der Meinung, dass sich die Bedeutung der Bündelungs- und Koordinationsfunktion reduziert habe, was die Existenzberechtigung der Bezirksregierungen grundsätzlich in Frage stelle. Das Fehlen einer allgemeinen Mittelbehörde bringt für die Ministerien sicherlich mehr Freiräume: Eine institutionalisierte Koordination von unterschiedlichen

Interessen (Bündelung) ist nun nicht mehr vorhanden, sodass die Ressorts direkt über ihre Sonderverwaltungen („Fachschiene“) agieren können. Statt einer eher regionalen Perspektive, sind die Fachbehörden fach- oder klientenorientiert. Hauptverwaltungsbeamte aus den Kommunen berichten, dass die „Gesamtschau“ über alle Ressorts hinweg und damit die Kompromissfähigkeit verloren ging. Diese Verfestigung von „Fachbruderschaften“ ist in der Verwaltungswissenschaft lange bekannt, sinnvoll ist sie nicht.

- Auch die Koordination zwischen den in einem Verfahren beteiligten Akteuren verschlechterte sich nach Abschaffung der Bezirksregierungen. Kommunale Entscheider klagen insbesondere bei Planungs- und Genehmigungsverfahren über unkoordiniertes Handeln der nun zahlreicheren unmittelbar mit den Kommunen in Kontakt stehenden Landesbehörden. >

Regierungspräsidien sind ein wichtiger Bestandteil moderner Landesverwaltung!

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es nicht erstaunlich, dass der niedersächsische Weg keine Nachahmer gefunden hat, ganz im Gegenteil hat auch in Niedersachsen die rot-grüne Landesregierung zum 1.1.2014 vier neue Ämter für regionale Landesentwicklung geschaffen, um wenigstens für den Bereich der Regionalpolitik und EU-Förderung wieder zu stärkeren Bündelungsleistungen zu kommen.

Nach Ansicht des Autors hat sich also die Existenz der Regierungspräsidien in den größeren Flächenländern der Bundesrepublik bewährt. Zwar gibt es prinzipiell immer mehrere Möglichkeiten der Organisation von Verwaltungsstrukturen. Im Rahmen der konzentrierten Dreistufigkeit wird aber mehr Wert auf Bündelung von Fachsträngen und Zuständigkeiten sowie auf die Einräumigkeit und Einheit der Verwaltung gelegt (horizontale Konzentration). Die ebenfalls notwendige Verringerung von Instanzen und Verflechtungen (vertikale Konzentration) steht etwas hinter diesen Zielen zurück. Dies scheint mir der richtige Weg für

die größeren Flächenländer, wie Hessen zu sein. Die Tatsache, dass kein anderes Bundesland dem niedersächsischen Weg gefolgt ist, bestätigt dies ausdrücklich. Das heißt nicht, dass sich die Regierungspräsidien nicht immer wieder hinsichtlich ihrer Aufgabenwahrnehmung kritisch hinterfragen müssen. Aber als wichtiger Bestandteil einer modernen Landesverwaltung erscheinen sie mir unverzichtbar zu sein.

¹⁾ Reffken, Hermann (2006): Die „Zweistufigkeit der Verwaltung in Niedersachsen“ – Eine kritische Bestandsaufnahme am Beispiel der Wasserwirtschaftsverwaltung. Niedersächsische Verwaltungsblätter 7/2006.



Prof. Dr. Jörg Bogumil,
Ruhr-Universität Bochum

Foto: privat

Prof. Dr. Jörg Bogumil, geboren am 19.12.1959, hat seit 2005 einen Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum (vorher Professur für Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz) inne. Prof. Bogumil hat an der Ruhr-Universität Bochum Sozialwissenschaft studiert und an der FernUniversität in Hagen im Bereich Politikwissenschaft promoviert. Seine ebenfalls an der FernUniversität Hagen erworbene Lehrbefugnis (Habilitation) erstreckt sich auf die Gebiete Politik- und Verwaltungswissenschaft.

Professor Bogumil ist Mitglied in diversen wissenschaftlichen Gremien, z.B. Vorsitzender der Fachgruppe Verwaltungswissenschaft in der Deutschen Sektion des inter-

nationalen Institutes für Verwaltungswissenschaft, und kann auf umfangreiche Erfahrungen als Berater und Gutachter für Bund, Länder und Kommunen zurückgreifen. Zu nennen sind hier insbesondere Gutachten und Stellungnahmen für Gesetzesanhörungen, Enquetekommissionen und Ministerien in den Bundesländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, NRW, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen, einigen Bundesministerien sowie Beratungstätigkeiten für zahlreichen Kommunen im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Verwaltungsmodernisierung.

Prof. Bogumil veröffentlichte zahlreiche Studien zur Verwaltungsorganisation bzw. -modernisierung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

ABTEILUNG II

VERKEHR, PLANUNG, LÄNDLICHER RAUM, VERBRAUCHERSCHUTZ

Regionalplanung, Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft • Verkehr • Veterinärwesen und Verbraucherschutz • Schutzgebiete, Artenschutz, Biologische Vielfalt, Landschaftspflege • Landwirtschaft, Fischerei • Forsten, Jagd • Naturschutz bei Planungen und Zulassungen, Naturschutzdaten



Die starke Region noch stärker machen

Regionalplanung im RP Kassel

IM TEAM FÜR DAS GUTE LEBEN

Susanne Linnenweber ist im Regierungspräsidium Kassel die Frau „fürs gute Leben“, denn als Leiterin des Dezernats 21 ist sie – neben dem Bau- und Wohnungswesen sowie der Wirtschaft – für die Regionalplanung zuständig. „Die Landes- und Regionalplanung tut alles für eine gute, abgestimmte Entwicklung der Region, damit es sich hier in Nord- und Osthessen gut und gerne leben und arbeiten lässt“, sagt die Planerin, die bei der Bezirksregierung in Köln ihr Referendariat absolvierte und über das Wirtschaftsministerium in Hannover nach Nordhessen kam. Es geht im Kern um Fragen wie diese: Wie wollen wir künftig leben? Wo wollen wir wohnen und wo arbeiten und wo einkaufen und uns versor-

gen? Wo sollen Straßen und wo Bahnlinien verlaufen? Wo sind die besten Standorte, um allein dort mit möglichst wenigen Windkraftanlagen den meisten Strom zu erzeugen? Wie sollten unsere Neubaugebiete angelegt werden, damit die Häuser wenig Energie verbrauchen? Und wollen wir überhaupt Neubaugebiete, wenn in den Dörfern und Kleinstädten die Fachwerkhäuser leer stehen und verfallen?



AUS LEITBILDERN WIRD ZUKUNFT

Alle acht Jahre soll ein neuer Regionalplan vorliegen. So will es das Hessische Landesplanungsgesetz. Mit Planwirtschaft, sagt Susanne Linnenweber, habe ihre Planung nichts zu tun. Aber regelmäßig gelte es, die Leitbilder von Bund und Land mit der Ausgangslage und den Zukunftsanforderungen im Regierungsbezirk abzugleichen und daraus die Ziele für die Entwicklung der Region zu formulieren. Die Regierungspräsidien sind für diese Aufgabe wie geschaffen: Hier arbeiten die Fachleute für alle Lebensbereiche der Menschen, Tiere und Pflanzen,

für die natürlichen Lebensgrundlagen, für Wirtschaft, Verkehr und Siedlungsstrukturen unter einem Dach zusammen. Sie finden die Expertise fürs jeweils andere Fach im Nachbarzimmer, auf dem nächsten Flur oder beim Kaffee in der Kantine. Sie diskutieren gemeinsam ein Problem und finden heraus, welche Auswirkung ein Projekt hat. Die Aufgabe dieser Frauen und Männer in den Fachdezernaten ist es, sich für die Belange ihres Metiers einzusetzen und widerstreitende Interessen zum Wohle des Ganzen zusammenzuführen.



Susanne Linnenweber, Leiterin der Regionalplanung im Regierungspräsidium Kassel, macht klar: „Die Regionalplanung tut alles für eine gute, abgestimmte Entwicklung der Region, damit es sich hier in Nord- und Osthessen gut und gerne leben und arbeiten lässt.“

DIE UNTERSCHIEDE MACHEN DEN ERFOLG

Etwa fünfzehn Verwaltungsfachleute für Stadt- und Landschaftsplanung, Geologie, Geographie, Verwaltungsrecht und andere Fachgebiete arbeiten für die Regionalplanung. „Eine bunte Truppe“, sagt Susanne Linnenweber. Ihr Alter sei ebenso unterschiedlich wie ihre Berufsbiografien, und auch in der regionalen Herkunft unterscheiden sie sich. Sie bringen An- und Einsichten aus vielen Teilen Deutschlands mit. Für Linnenweber eine Bereicherung: Wer aus Nordrhein-Westfalen stamme, kenne auch andere Größendimensionen in der Landes-

planung. Der Regierungsbezirk Düsseldorf ist mit 5,5 Millionen Einwohnern fast so groß wie ganz Hessen. Und wer, wie sie, aus dem Revier stamme, habe eine andere Vorstellung von großtechnischen Anlagen als ein Nordhesse. „Wir müssen mit sehr heterogenen Anforderungen umgehen – da sind unsere unterschiedlichen Perspektiven ein großer Vorteil.“

VOR DEM START DER BLICK IN DEN RÜCKSPIEGEL

Ein Vorteil jedes Mal dann, wenn der Regionalplan fortgeschrieben und am Ende von der Regionalversammlung beschlossen wird, deren Zusammensetzung die politischen Mehrheitsverhältnisse entsprechend der Kommunalwahlergebnisse widerspiegelt. Die Arbeit am neuen Regionalplan erstreckt sich meist über zwei Jahre und beginnt mit dem Blick in den Rückspiegel: Wie hat sich die Region entwickelt und inwieweit hat sich der frühere Plan bewahrt? Oder gab es zahlreiche „Abweichungsverfahren“? Die gab es, denn in allen Bereichen von Handel, Industrie, Logistik und Gewerbe hat die Region in der Planungsperiode von 2009 bis 2016 alle Erwartungen übertroffen. Sie stellte sich mit Erfolg der großen aktuellen Herausforderung der Energiewende. Und die demographische Entwicklung? Sie ist „besser als erwartet“, blickt Susanne Linnenweber zurück und sagt voraus: „Wir werden weniger, älter, bunter.“ Starkes Entwicklungspotential haben neben Kassel und seinem Umland vor allem die Orte entlang der europäischen Verkehrsachsen, die durch die Region führen. „Gut“ entwickelten sich deshalb weiterhin Bad Hersfeld und Kirchheim, Melsungen und Malsfeld, Korbach und Bad Arolsen. Eschwege und Bad Sooden-

Allendorf seien „deutlich weiter, als mancher es sich vordergründig denkt“, und Fulda sei schon sehr viel länger ein sehr starker Standort.

SCHIENE, STRASSE, BREITBAND MACHEN LEISTUNGSSTARKE RÄUME

Zu Beginn der Fortschreibung des Regionalplans steht fest: Die Lage im Regierungsbezirk Kassel ist richtig gut. Engpässe an Facharbeitskräften und Auszubildenden unterstreichen nur die Chancen der jüngsten Zuwanderungswelle.

Die Logistik wurde zu einem Merkmal der Region, doch viele der erfolgreichen Familienunternehmen investieren auch abseits von Verkehrswegen und zentralen Orten. Ein leistungsstarkes Breitbandnetz ist elementare Voraussetzung für leistungsstarke Räume. Dort, wo es noch Lücken aufweist, realisieren es die Landkreise in interkommunalen Projekten. Nahezu gedeckt ist der Bedarf an großen Straßenbauprojekten, die sich sämtlich in der Realisierung befinden. Auf der Schiene müsse die Bahn noch Anstrengungen unternehmen, um mit der Entwicklung im Raum Fulda mithalten zu können. Die Planungsverfahren zum Neu- und Ausbau von Schienenstrecken rund um Fulda seien aber im Gange.

DER ERSTE GROSSE SCHRITT ZUR ENERGIEWENDE IST GETAN

Beim Klimawandel gehe es nicht mehr allein um dessen Entschleunigung. Und in der Umstellung auf die Energiewende ist der Bezirk Kassel in Hessen führend. Vor den anderen Regierungspräsidien hat jenes in Kassel den Teilregionalplan Energie vorgelegt, dem das Hessische Kabinett im Mai 2017 nach gründlicher Prüfung zugestimmt hat. „Das ist ein wichtiger Schritt auf dem langfristigen Weg in eine Energieversorgung, die ausschließlich auf erneuerbaren Quellen basiert“, sagte der Minister und lobte im Mai 2017 öffentlich die fachliche Arbeit und das Engagement des Regierungspräsidiums Kassel sowie der Regionalversammlung.

NORDOSTHESSEN WIRD IMMER STÄRKER

„Die Entwicklung im Regierungsbezirk hat enorm Fahrt aufgenommen und legt weiter kräftig zu“, wagt Susanne Linnenweber eine Prognose. Der Regierungsbezirk liege an den großen mitteleuropäischen Transversalen und entfalte mit der Universität Kassel, der Hochschule Fulda und anderen Bildungseinrichtungen ein immer stärkeres Potential. „Leute, die hier groß gewor-

den sind, gehen oft nicht mehr weg; sie wollen hier leben und arbeiten. Viele, die hier studiert haben, wollen lieber hier ihre Geschäftsidee realisieren“, sagt die Regionalplanerin. Beeindruckend sei die Vielzahl an kleinen Betrieben und Mittelständlern. Belebend seien auch weiche Standortfaktoren wie die reizvolle Landschaft, der Kultursommer, der Musical-Sommer

Fulda, die Hersfelder Festspiele und das Staatstheater Kassel. Auch das Regionalmanagement in Nord- und Osthessen, der Zweckverband Kassel und eine große Vielfalt interkommunaler und fachübergreifender Kooperationen machten das Leben und Arbeiten in der Region Nord-OstHessen schöner und besser.

REGIONALPLANUNG

Regierungsbezirk Kassel | Größte Planungsregion Deutschlands

828.869 ha Gesamtfläche | 1.260.966 Einwohner | 138 Gemeinden und Städte

Raumstruktur | Raumentwicklung

Zentrale Orte

2 Oberzentren (Kassel, Fulda)

24 Mittelzentren

112 Grundversorgungszentren

42 Gewerbliche Schwerpunkte, davon regionale Logistikzentren: 11 Bestand und 8 Planung

75 Wohnsiedlungsschwerpunkte

Leitbilder

Wettbewerbsfähigkeit stärken | Daseinsvorsorge sichern | Nachhaltige Entwicklung und Steuerung der Raumnutzung | Klimawandel und Energiewende gestalten

Themenfelder

Kooperation Vernetzung | Demografischer Wandel | Nachhaltigkeit | Wirtschaft | Energie | Verkehr, Erreichbarkeit | Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Einzelhandel



Scannen Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code und lesen Sie den kompletten Artikel online.





Stimmungsvolle Kulturereignisse wie die Fuldaer Domplatzkonzerte (Foto) prägen gemeinsam mit dem Staatstheater Kassel, den Bad Hersfelder Festspielen und dem Kultursommer Nordhessen unsere Kulturregion. Foto: Stadt Fulda

ABTEILUNG II

VERKEHR, PLANUNG, LÄNDLICHER RAUM, VERBRAUCHERSCHUTZ

Regionalplanung, Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft • Verkehr • Veterinärwesen und Verbraucherschutz • Schutzgebiete, Artenschutz, Biologische Vielfalt, Landschaftspflege • Landwirtschaft, Fischerei • Forsten, Jagd • Naturschutz bei Planungen und Zulassungen, Naturschutzdaten



Das Bewährte für eine gute Zukunft sichern

Regionalplanung bewahrt alte Infrastruktur als Option

Eigentlich können Regionalplaner gar nicht anders, als an die Zukunft zu denken. Im Regierungspräsidium Kassel sind sie aber bisweilen im besten Sinne konservativ. Sie verwahren das Bewährte für eine gute Zukunft, wie die Geschichte der Schienenstränge im Regierungsbezirk lehrt.

Heinz Usko, innerhalb der Regionalplanung für den Verkehr zuständig, verweist auf Strecken, die dank der Regionalplanung heute wieder gen Westen, Südwesten und Osten führen können, obwohl sie einst aufgegeben waren. Hätten die Regionalplaner die Strecken nicht vorausschauend als Teil der Daseinsvorsorge erkannt und gesichert, wären ihre Trassen wohl für immer verloren.



BEISPIEL ESCHWEGE

Auch die Trasse Kassel-Wahlburg-Eschwege/Stadt wurde nach der Einstellung des Bahnverkehrs gesichert. Auf ihrem westlichen Abschnitt verkehrt heute die Straßenbahn bis Hessisch-Lichtenau. Im mittleren Abschnitt wurde ihre Sicherung für den Bau der Autobahn 44 aufgegeben, doch der östliche Abschnitt von Eschwege-West bis Eschwege-Stadt wurde für den Bahnverkehr wieder in Betrieb genommen. Eschwege erhielt einen neuen Stadtbahnhof, der sich rasch zu einem vitalen Verkehrsknoten in der

Kreisstadt entwickelt hat. Über ihn ist Eschwege mit dem Zug an den ICE-Bahnhof Göttingen im Norden, an die ICE-Bahnhöfe Hersfeld und Fulda im Süden sowie über Eichenberg an Kassel angebunden. Die Stadt liegt mithin nicht nur zentral in Deutschland, sondern sie ist vor allem auch per Bahn unmittelbar erreichbar.



Weil die Regionalplanung die Strecke nach der Stilllegung sicherte, konnte Eschwege später einen neuen Stadtbahnhof erhalten, der sich rasch zu einem vitalen Verkehrsknoten in der Kreisstadt entwickelt hat. Über ihn ist Eschwege mit dem Zug an den ICE-Bahnhof Göttingen im Norden, an die ICE-Bahnhöfe Hersfeld und Fulda sowie über Eichenberg an Kassel angebunden.
Foto: Werra-Rundschau



Handlungsbedarf im Raum Fulda: Die dynamische Entwicklung fordert eine angemessene Schienenanbindung des Raums Fulda an die Rhein-Main-Region und nach Franken. Gemeinsam mit den Regionalplanern des RP Darmstadt trifft das Regierungspräsidium Kassel im Raumordnungsverfahren die Vorbereitungen für die neue Trasse zur überfälligen Entlastung der Bahnstrecke zwischen Hanau und Fulda. Foto: Volker Nies

RAUM FULDA

Der dynamischen Entwicklung des Raums Fulda will die Bahn jetzt endlich folgen. Für die angemessene Schienenanbindung der Region Osthesen trifft die Regionalplanung im Regierungspräsidium Kassel die Vorbereitungen durch die Beteiligung am Raumordnungsverfahren: Die chronisch überlastete Bahnverbindung zwischen Hanau und Fulda soll ausgebaut werden, womit auch die ICE-Züge zwischen Frankfurt und Berlin über die künftig bevorzugte Relation Fulda-Erfurt schneller werden.



„Die langen Linien des Landes“ - Lesen Sie den kompletten Artikel online.



Nicht ganz so idyllisch wie der alte Bahnhof in Wernswig bei Homberg/Efze, aber genauso ungenutzt waren die Bahnhöfe auf der Strecke Frankenberg - Korbach. Heinz Usko hilft in der Regionalplanung des Regierungspräsidiums, Optionen auf vorhandene Infrastruktur sinnvoll zu bewahren.

BEISPIEL KORBACH

Ein Beispiel für den Erhalt einer Trasse und deren spätere Reaktivierung ist die Strecke zwischen Korbach und Frankenberg. Die Deutsche Bundesbahn, wie sie damals noch hieß, wollte sie in den 1980er Jahren stilllegen lassen, denn es war aus ihrer damaliger Sicht nicht mehr sinnvoll, die Strecke zu betreiben. Aus Sicht der Planer im Regierungspräsidium war die Trasse zu sichern, denn „raumordnerisch“ war es ein Ziel, die Möglichkeit zu erhalten, die Fernverkehr anzubinden,

aber auch dem Freizeitverkehr ins Ferien- und Naherholungsgebiet Waldeck auf der Schiene eine Chance zu geben. Die Bahnstrecke zwischen Korbach und Frankenberg, 1993 stillgelegt, ging 2015 wieder in Betrieb. Weil auch der Abschnitt Volkmarsen-Korbach gesichert und instandgesetzt worden war, und die Bahnverbindung von Schwerte bis Brilon-Wald immer in Betrieb blieb, sind seither wieder Kassel, das östliche Ruhrgebiet und Frankfurt über Frankenberg und Korbach miteinander verbunden.





Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fulda an der A7: Mit Hilfe des Regionalplans des RP konnte der Logistik-Standort in einer Kooperation der Nachbargemeinden entstehen.
Foto: Zweckverband



„Die Regionalplanung stellt die Weichen geopolitisch richtig“

RP schafft Rechtssicherheit

RECHTSSICHER & ABGEWOGEN

Klaus Stiegel kennt die Region noch aus Zeiten der deutschen Teilung als das vermeintliche „Armenhaus“ Hessens. Und der Jurist, der 1984 zum Bürgermeister von Felsberg gewählt worden war, kennt das Regierungspräsidium aus seinem Referendariat, schildert die umfassende Kompetenz der Behörde, beschreibt ihren langen Arm und sieht sie zugleich als „die untere Stufe der Landesregierung“, die zum Beispiel als „Obere Naturschutzbehörde“ mit Eingriffen im Leben der Bürger spürbar werde. Der RP bremsen und mischen sich in Angelegenheiten der Selbstverwaltung ein, heißt es dann, und manche Landkreise, erinnert sich Stiegel, fragten sich daraufhin laut: „Wofür brauchen wir den RP?“

Wir wissen doch selbst, was für uns gut ist!“ Aber, sagt Stiegel dazu, die wichtigste Aufgabe des Regierungspräsidiums sei es doch, Rechtssicherheit zu schaffen: „Langfristige Planung muss, um Bestand zu haben, abgestimmt und rechtssicher sein.“ Diese Sicherheit schaffe das Regierungspräsidium. Es bündele Wissen und stelle die Verbindung zur Landesregierung her.



Scannen Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code und lesen Sie den kompletten Artikel online.



Klaus Stiegel,
Geschäftsführer Interkommunales
Gewerbegebiet Mittleres Fuldataal an der A7
Foto: privat

„In vielen Bereichen nimmt das Regierungspräsidium seine Aufgabe ganz vorbildlich wahr, und unter diesen Aufgaben ist die Regionalplanung eine ganz wichtige, denn mit der Landesplanung und der Regionalplanung, an der wiederum die Kommunen ihre Flächennutzungs- und Bebauungspläne ausrichten, stellen das Land und die Region die Weichen für die Zukunft.“

„Aufgrund der Vorgaben der Landesplanung hat das Regierungspräsidium auch die Gemeinden des Mittleren Fuldataals dazu angehalten, die Entwicklung eigener, großer und kostenintensiver Gewerbegebiete zugunsten einer Kooperation mit den Nachbarkommunen zurückzustellen.“

„Wenn der Regierungspräsident nicht bereit gewesen wäre, die Planungsgrundlage für uns über den Regionalplan herzustellen, wäre das Gewerbegebiet nicht entstanden.“

„Wir müssen die Leistung anerkennen, dass die Regionalplanung die neue geopolitische Lage erkannt hat und die neue Lage der Region von uns allen genutzt worden ist.“



Zusammenspiel auf hohem Niveau

Langjährige Mitglieder des Präsidiums im Interview zum Verhältnis von Regionalversammlung und Regionalplanung in NordOstHessen



Horst Hannich

Vorsitzender der
Regionalversammlung für Nord-
und Osthessen (SPD)
Foto: Ludger Konopka

Herr Hannich, wir haben die Regionalplanung. Als langjähriger Vorsitzender können Sie mir sagen: Wozu brauchen wir eine Regionalversammlung?

Hannich: Um die Planung auf eine demokratisch legitimierte Basis zu stellen. Denn die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlung Kassel delegieren Kommunalpolitiker entsprechend dem Ergebnis der demokratischen Wahlen in die Regionalversammlung. Darum ist die Regionalversammlung das Parlament für Nord- und Osthessen.

Was haben Regionalplanung und Regionalversammlung miteinander zu tun?

Hannich: Die Planung ist ein Instrument zur Umsetzung von Zielen, die Hessen mit der Landesplanung vorgibt. In der Regionalplanung werden die Ziele zu Aufgaben für unseren Regierungsbezirk übersetzt, und die Regionalversammlung ist die parlamentarische Ebene, in der diese Aufgaben diskutiert und politisch festgelegt werden. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Planung und Versammlung ist die unabdingbare Voraussetzung, gemeinsam die Ziele zu erreichen.

Wie gut funktioniert das im Regierungsbezirk Kassel?

Hannich: Die Erfolge im Regierungsbezirk Kassel der vergange-

nen Jahre zeigen, dass eine konstruktive Zusammenarbeit hierfür die Grundlage ist. Wir haben den Teilplan Energie für Windkraftanlagen im Konsens entschieden. Im Land Hessen sind wir der erste Bezirk, der die politische Zielstellung von zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftanlagen auszuweisen, erreicht und festgelegt hat. Die hervorragende Vorarbeit der Verwaltung mit intensiver Bürgerbeteiligung war hierfür die Grundlage.

Ist das etwas Besonderes?

Hannich: Ja, es ist nicht selbstverständlich. Die Entwicklung Nordhessens hebt sich insbesondere durch die gute Kooperation in der Regionalversammlung selbst sowie die konstruktive Zusammenarbeit von Versammlung und Verwaltung des Regierungspräsidiums Kassel von der Regionalplanung in den anderen Teilen Hessens ab.

Und woran liegt das?

Hannich: Es liegt in der Mentalität der gewählten Abgeordneten in der Versammlung und dem starken Willen, unser Hessen weiter voranzubringen. Wir wollen das Süd-Nord-Gefälle, das es einmal gab, in großen Schritten abbauen.

Also herrscht immer eitel Sonnenschein, frage ich Sie, Herr Heßler, als Vorsitzenden des Haupt - und Planungsausschusses und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD- Fraktion

Heßler: Natürlich nicht. Gemeinsame Ziele müssen hart erarbeitet werden. Das führt auch zu kontroversen Diskussionen. Etwa im Straßenbau oder beim Flughafen, aber die Bereitschaft, über Kompromisse – etwa in der Planung von Einzelhandelsflächen – gemeinsame Wege zu finden, ist immer vorhanden gewesen – zum Wohle der Gemeinden, der Städte und der Bevölkerung.

Was war besonders schwierig?

Heßler: Die Energiewende als ein Jahrhundertwerk, nachdem der Teilplan Energie zu Beginn der Dekade nicht genehmigt worden war. Es ist schwer, es bei der Suche nach Windkraftstandorten allen Bürgern recht zu machen. Aber es ist unsere Aufgabe, eine Lösung zu finden, auch wenn es schwer ist.



Bernd Heßler

Vorsitzender der SPD-Fraktion in
der Regionalversammlung

Foto: Privat



Bernd Woide

Vorsitzender der CDU-Fraktion in
der Regionalversammlung
Foto: Marzena Seidel/photoebene

Was ist besonders gut gelungen?

Heßler: Die Ausweisung von Gewerbegebieten, die Ansiedlung von Betrieben und das Errichten der Infrastruktur.

Herr Landrat Woide, Herr Heßler: Warum gelingt die Gestaltung der Zukunft so gut mit der Institution des Regierungspräsidiums?

Heßler: Weil hier das Zusammenspiel zwischen einer offenen, konstruktiven Verwaltung und den parlamentarischen Akteuren auf hohem Niveau funktioniert.

Woide: Ja, denn hier treffen sich Sach- und Fachkompetenz mit genauer Kenntnis der Region. Es ergänzen sich die hervorragende Vorbereitung der Entscheidungen mit dem Engagement der Politiker.

Wo liegen die Herausforderungen der Zukunft?

Woide: Die verlässlichste Konstante ist der Wandel. Wir wollen unsere Städte attraktiv halten und wollen das Land nicht aufgeben. Denken wir an das lebenslange Lernen, an den demographischen Wandel, die medizinische Versorgung und die Digitalisierung.



Wo liegen die speziellen Aufgaben des RP in der Zukunft?

Woide: In der Gestaltung der Zukunft hier in der Region liegt eine wichtige Aufgabe des Regierungspräsidiums. Aus Sicht der Regionalversammlung ist und bleibt das Regierungspräsidium mit Regionalplanung und Regionalversammlung genau die richtige Ebene, um die Landespolitik in der Region umzusetzen.

In welcher Region denken und handeln wir in Zukunft? In Nord-OstHessen?

Woide: Im Gesetz, in dem Regionalplanung und Planungsversammlung geregelt sind, heißt es Nordhessen – und der Kreis Fulda gehört dazu. Ein jeder weiß, dass Fulda eine glänzende Entwicklung genommen hat und eine besondere Rolle spielt.

Die Fragen stellte Claus Peter Müller von der Grün.

ABTEILUNG Z **ZENTRALABTEILUNG**

Innere Organisations- und Planungsangelegenheiten, Informationstechnik, Interne Revision • Finanzen • Personal, Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung • Justitiariat, Datenschutz • Kommunalaufsicht



Kompetenz-Netzwerk unterm Schutzschirm

Regierungspräsidium als Navigator bringt kommunale Finanzen auf Kurs

§ 1 der Hessischen Gemeindeordnung :

„Die Gemeinde ist die Grundlage des demokratischen Staates. Sie fördert das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“

Die Kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Doch was, wenn Kommunen sich so hoch verschuldet haben, dass sie kaum noch Bewegungsspielraum „zum Wohl ihrer Einwohner haben“? In Hessen bot die Landesregierung den betroffenen Gemeinden den Schutzschirm als Hilfe zur Entschuldung an – mit den Regierungspräsidien als Navigatoren. Sie halfen, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen und zu halten und dabei die kommunale Selbstverwaltung nicht anzutasten.

Doris Ziegler, Leiterin der Kommunalaufsicht im Regierungspräsidium Kassel, erinnert sich noch gut: Das Land Hessen bot 106 Kommunen, die besonders hoch verschuldet waren, im Jahr 2012 an, diesen Schirm über ihnen aufzuspannen: Wenn sich die Gemeinden auf ihren individuellen Konsolidierungspfad begeben und ihre Schulden bis spätestens 2020 pro Kopf und Jahr um 100 Euro abbauen, würde das Land jeweils die Hälfte der Schulden übernehmen. Von den 106 potentiellen Schutzschirm-Kandidaten unter-

schrieben schließlich 100 den Konsolidierungsvertrag; 35 von Ihnen im Regierungsbezirk Kassel, darunter 32 kreisangehörige Kommunen, zwei Landkreise und die kreisfreie Stadt Kassel.

Aus dem Landkreis Fulda war keine Gemeinde dabei. Die Finanzlage ist dort überdurchschnittlich stabil.



Für Dezernatsleiterin Doris Ziegler und Philip Schulze von der kommunalen Finanzaufsicht des Regierungspräsidiums haben die Schutzschirmvereinbarungen Grundsätzliches geändert: „Der Grundsatz des Haushaltsausgleichs war früher nur im Gesetz verankert, heute ist er in den Köpfen der Bürgermeister und Kämmerer.“



„WELTEN PRALLTEN AUF EINANDER“

Eine Bedingung für den retten Schritt unter den Schutzschirm war es, dass die Aufsicht über die beteiligten Kommunen von den Landräten auf das Regierungspräsidium übergang. Der Regierungspräsident genehmigte nun die Haushalte der Schutzschirmgemeinden. Darum waren die Regierungspräsidien von Beginn an in die Verhandlungen zwischen beiden Seiten eingebunden. „In den kommunalen Gremien“, berichtet Doris Ziegler, „sind damals Welten aufeinandergeprallt.“ Viele Kommunalpolitiker fürchteten den Sparzwang von außen, den Verlust der kommunalen Selbstverwaltung. Ablehnung oder Aufge-

schlossenheit gegenüber dem Angebot aus Wiesbaden, so beobachtete sie, hatten weniger parteipolitische Gründe, sondern wurzelten mehr in der Persönlichkeit des jeweiligen Kommunalpolitikers und in seiner Bereitschaft, sehr konkret Verantwortung für Sparentscheidungen zu übernehmen. „Wir gaben Unterstützung, machten Mut und hielten auch mal die Hand“, blickt Doris Ziegler zurück: „Das Land hatte uns hinzugebeten, weil wir die örtlichen Gegebenheiten gut kennen.“

SPAREN ALS KONKRETE VERANTWORTUNG

Ihr Kollege Philip Schulze war bei den Gesprächen zwischen Land und Kommunen dabei:

„Es gab keine pauschale Schelte, sondern die Vertreter des Finanzministeriums hatten die Gespräche sehr gut vorbereitet. Sie legten die Zahlen vor, und sie identifizierten die Kostentreiber wie zum Beispiel das Schwimmbad oder das Dorfgemeinschaftshaus.“ Die vermittelte Erkenntnis hieß stets: „Ihr lebt über Eure Verhältnisse.“ Die Kommunen versuchten zu verhandeln, hofften auf Entgegenkommen. Doch Wiesbaden meinte es wirklich ernst: „Ihr macht das, oder ihr lasst es bleiben.“ Manche Bürgermeister nahmen beim nächsten Mal alle Fraktionsvorsitzenden aus der Gemeindevertretung mit, damit auch wirklich alle glaubten, dass ein anderer Wind weht.



DER WIND HATTE SICH GEDREHT

Leistungen und Angebote, die gottgegeben schienen, kamen sämtlich auf den Prüfstand: Was kostet es zum Beispiel, wenn zehn Bürger morgens zwischen 7 und 8 Uhr schwimmen wollen, obwohl sie auch später gehen könnten? Wieviel kostet diese Stunde Frühschwimmen umgerechnet in Prozentpunkte bei der Grundsteuer? „Diese Transparenz der Kosten und ihrer Finanzierung verändert plötzlich die Debatte“, sagt Philip Schulze. Doris Ziegler verweist auf die zahlreichen Fördervereine, die in dieser zunächst schmerzhaften, aber schließlich fruchtbaren Debatte ins Leben gerufen wurden, weil Bürger auf bestimmte Leistungen nicht verzichten wollten, diese aber nun selbst ermöglichen. „Nachdem

wir Genehmigungsbehörde für den Haushalt geworden waren“, sagt Doris Ziegler, „achteten wir aber nicht nur darauf, dass die Festlegungen aus dem Schutzschirmvertrag eingehalten wurden, sondern taten viel mehr: Wir standen für Fragen zur Verfügung, wir zeigten die Lösungswege auf, die aus konkreten Problemen herausführten und wurden zu einer Informationsbörse für die Schutzschirmkommunen - nach dem Motto: Dieses Problem wurde anderswo so oder so gelöst“. „Bisher nahmen die Gemeinden Schulden auf“, sagt Philip Schulze, „und sie wussten, morgen geht die Sonne wieder auf. Heute wissen sie, sie können bei uns anrufen und wir finden zusammen eine bessere Lösung.“

DER SCHUTZSCHIRM HAT VIEL VERÄNDERT

Der Schutzschirm hat nach Überzeugung von Doris Ziegler das Land nachhaltig verändert: „Der Grundsatz des Haushaltsausgleichs war früher nur im Gesetz verankert, heute ist er in den Köpfen der Bürgermeister und Kämmerer.“ Die politisch Verantwortlichen können es jetzt besser überbringen, dass und wo sie sparen müssen. Unter dem Druck des Schutzschirms und mit der Beratung durch Doris Ziegler und ihr Team wuchsen die Bereitschaft und die Fähigkeiten, etwas zu verändern. Denn wann, wenn nicht jetzt, angesichts günstiger Zinsen sowie einer guten Konjunktur und der wachsenden Steuererträge, ist die Zeit gekommen, etwas zu verändern?

„WIR WURDEN ZUR WISSENSSAMMELSTELLE“

Viele Gemeinden hätten anfangs gesagt: Wir schaffen das nicht. Aber die meisten haben es schon geschafft oder werden es bald schaffen, so Ziegler. Ihr Fazit für die Kommunalaufsicht des RP: „Wir als Regierungspräsidium wurden in diesem Prozess zur Wissenssammelstelle. Wir wissen, wie Konsolidierung gelingen kann und haben einen ausgezeichneten Draht zum Innenministerium als der Kommunalaufsicht des Landes. Wir bilden heute gemeinsam mit dem Ministerium und der kommunalen Ebene ein Kompetenz-Netzwerk, und wenn ein Bürgermeister oder ein Landrat eine Frage hat, dann teilen wir dieses Wissen gern.“

IDEALE ROLLE ALS BERATENDE AUFSICHT

Von diesem Effekt und dem engen Draht zum Regierungspräsidium Kassel trotz der Entfernung zu Wiesbaden spricht auch Ministerialrat Thorsten Hardt. Er ist Referatsleiter für die kommunale Finanzaufsicht des Innenministeriums und hat engen Kontakt zu den Regierungspräsidien. Das Regierungspräsidium erfüllt für ihn in idealer Weise die Rolle einer „beratenden Aufsicht“. Auch in der Abwicklung von Landesprogrammen erleichtere ein Regierungspräsidium dem Land die Arbeit, denn „die Ministerien lassen sich viele tolle Sachen einfallen. In der praktischen Umsetzung sind dann die Regierungspräsidien gefordert. Gut, dass es sie gibt“, sagt Thorsten Hardt und erläutert das am Beispiel Schutzschirm: „Die Kolleginnen und Kollegen sehen die rechtliche Seite, aber sie nehmen die Kommunen auch mit, indem sie von der Notwendigkeit der Konsolidierung zu überzeugen wissen. Sie denken nicht in Bescheiden oder Verfügungen schwarz-weiß, sondern wissen, dass die Wege an der kommunalen Basis auch um die Ecken führen können“, sagt Hardt. Zugleich ist dem Ministerialbeamten bewusst geworden, dass das Regierungspräsidium Kassel in seinem Bezirk auf herausragende Weise ernst genommen wird. „Das ist die Regierung“, hört Hardt die Nordhessen sagen, und die Entscheidungen des Hauses würden „dementsprechend respektiert“.

SCHUTZSCHIRM

Nentershausen ist eine Gemeinde im Landkreis Hersfeld-Rotenburg im Nordosten von Hessen.

Fläche: 57,06 km²
Bevölkerung: 2.927 (30. Juni 2009) | 2.678 (31. Dez. 2015)
Bevölkerungsdichte: 47 Einwohner je km²
Entschuldungshilfe: 2.170.453 €
(Kassenkredite 913.040,71 € - Investitionskredite 1.257.412,29 €)

Trendelburg ist eine Kleinstadt im Landkreis Kassel in Nordhessen.

Fläche: 69,35 km²
Bevölkerung: 5.302 (30. Juni 2009) | 5.087 (31. Dez. 2015)
Bevölkerungsdichte: 73 Einwohner je km²
Entschuldungshilfe: 9.135.128 €
(Kassenkredite 1.438.135,29 € - Investitionskredite 7.696.992,71 €)

Homberg (Efze) ist eine Kleinstadt in Nordhessen und Kreisstadt des Schwalm-Eder-Kreises.

Fläche: 99,99 km²
Bevölkerung: 14.370 (30. Juni 2009) | 13.907 (31. Dez. 2015)
Bevölkerungsdichte: 139 Einwohner je km²
Entschuldungshilfe: 15.934.421 €
(Kassenkredite 11.000.000,00 € - Investitionskredite 4.934.421,00 €)

Bad Arolsen ist eine Kleinstadt im Landkreis Waldeck-Frankenberg in Hessen.

Fläche: 126,38 km²
Bevölkerung: 16.393 (30. Juni 2009) | 15.507 (31. Dez. 2015)
Bevölkerungsdichte: 123 Einwohner je km²
Entschuldungshilfe: 7.817.092 €
(Kassenkredite 7.817.092 € - Investitionskredite 0 €)



Scannen Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code und lesen Sie den kompletten Artikel online.



Foto: HNA

Jürgen van der Horst, Bürgermeister Bad Arolsen:

„Der Schutzschirm des Landes Hessen, unter den Arolsen trat, kam genau zum richtigen Zeitpunkt und war für Bad Arolsen ein Beschleuniger im Prozess der Gesundung. Aus dem strukturellen Defizit von bis zu drei Millionen Euro im Jahr wird in den kommenden Jahren der strukturelle Überschuss.“

„Das Regierungspräsidium weiß, dass die Blaupause, die von oben kommt, in der einzelnen Kommune nicht immer passt. Darum orientieren wir uns gemeinsam am Ziel, und erreichen es pragmatisch.“



„Vom strukturellen Defizit zum nachhaltigen Überschuss“ -
Lesen Sie den kompletten Artikel online.



Foto: Stadt Homberg (Efze)

Dr. Nico Ritz, Bürgermeister Homberg/Efze:

„Wir haben Dorfgemeinschaftshäuser aus der Verantwortung der Stadt in die Verantwortung dörflicher Trägervereine gegeben. Indem wir mehr Selbstverantwortung schaffen, schaffen wir mehr Heimat und erleben eine Renaissance des dörflichen Miteinanders.“

„Wir können das Verhältnis von Kosten und Nutzen auch dadurch verbessern, indem wir den Nutzen erhöhen.“

„Ohne das Regierungspräsidium hätten wir nicht so eine gute Beziehung zur Kommunalaufsicht im Innenministerium. Das Regierungspräsidium ist nah dran, nicht nur räumlich. Die Leute, die dort arbeiten, leben in Nordhessen genauso wie der Regierungspräsident selbst. Sie sind keine Mitarbeiter. Sie sind für uns Mitstreiter.“



„Keine Mitarbeiter, sondern Mitstreiter“ -
Lesen Sie den kompletten Artikel online.

Ralf Hilmes, Bürgermeister Nentershausen:

„Wir haben jede Einsparung erläutert. Die haben die Bürger akzeptiert, wenn auch zähneknirschend. Heute herrscht in Nentershausen noch mehr Bürgersinn als früher.“

„Als das Land Hessen der Gemeinde anbot, unter den Schutzschirm zu treten, da waren wir zunächst enttäuscht, weil wir dachten, wir wären doch nicht so hoch verschuldet. Doch bei einem Volumen des Verwaltungshaushalts von 3,5 Millionen Euro beliefen sich die Schulden auf knapp 7 Millionen Euro.“



„Der RP hat verstanden, dass es kleine und große Gemeinden gibt“ - Lesen Sie den kompletten Artikel online.



Foto: Ludger Konopka

Kai Georg Bachmann, Bürgermeister Trendelburg:

„Wir haben die Vertreter des Regierungspräsidiums als Vertreter der Landesregierung in der Region erlebt, die auf Augenhöhe mit uns verhandelt haben. Der Regierungspräsident ist kein Partner, der - nur die Probleme suchend - am Rand steht, sondern einer, der geholfen hat.“

„Jeweils alle Stadtverordneten bekannten sich 2012 zunächst zur Aufnahme von Verhandlungen um den Schutzschirm sowie später zum Beitritt zu dem Konsolidierungsprogramm.“

„Sowohl die Vertreter der Kommunalaufsicht in Wiesbaden, als auch in Kassel haben auf Augenhöhe erkannt, dass das, was sich der Bachmann in Trendelburg ausgedacht hat, funktioniert. Auf der Basis des Rechts hat die Kommunalaufsicht ihren Ermessensspielraum genutzt.“



„Der Regierungspräsident ist kein Partner, der nur die Probleme sucht“ - Lesen Sie den kompletten Artikel online.



Foto: Stadt Trendelburg



Trendelburg; Foto: Gemeinde Trendelburg



Residenzschloss Bad Arolsen; Foto: Stadt Bad Arolsen



Marktplatz Homberg; Foto: Stadt Homberg (Efze)

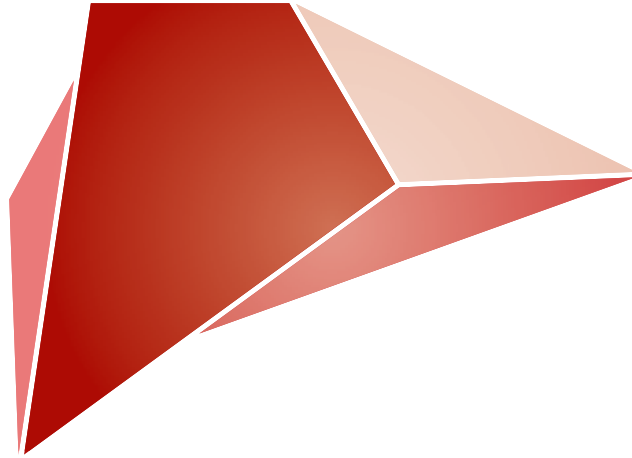


Nentershausen; Foto: Gemeinde Nentershausen



ABTEILUNG I
BEAMTENVERSORGUNG, BEIHILFEN, SOZIALES

Beamtenversorgung • Beihilfen • Soziales und Förderwesen



Gut gemacht: Für die Jüngsten in ganz Hessen

Vom RP Kassel kommen die Mittel für die Kinderbetreuung im Lande

**460 MIO. €
KOMMEN SICHER
INS ZIEL**

In Hessen gehen Morgen für Morgen 261.286 Kinder in Kinderkrippen und Kindergärten, sie besuchen altersübergreifende Tageseinrichtungen oder werden von Tageseltern betreut. Diese Zahl nennt zumindest für den 1. März 2016 als Stichtag das Statistische Landesamt. Und für etwa 50.000 Kinder im dritten Kindergartenjahr ist sichergestellt, dass ihre Eltern von den Kosten der Betreuung für mindestens fünf Stunden am Tag freigestellt sind. Ein solch umfassendes Angebot an Kinderbetreuung erscheint heute selbstverständlich. Die Kinder, ihre Mütter, Väter und Großeltern erwarten, dass alles reibungslos läuft, und auf die Erzieherinnen und Erzieher und auf die Tagesmütter und -väter Verlass ist. Aber nicht nur auf diese.



Christin Weber, Heidi Heerdt und Astrid Roßmann – sie sorgen dafür, dass mehr als 4100 Kindertagesstätten von knapp 2000 Trägern in Hessen ihre Betriebskostenförderung erhalten – mehr als 350 Millionen Euro im Jahr. Dort, wo das Geld benötigt wird, sagt man über die drei Frauen: „Sie entscheiden mit Herz und Verstand.“



Stefan Grüttner, Sozialminister:
„Sie leisten eine tolle Arbeit!“

Im Sozialdezernat des Regierungspräsidiums Kassel sorgen zehn Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter dafür, dass in ganz Hessen jene rund 460 Millionen Euro, die das Land für die Kindertagesbetreuung aufwendet, pünktlich an die Träger der Kindertageseinrichtungen, über die Jugendämter an die Tageseltern und an alle anderen, denen eine Förderung zusteht, ausbezahlt werden. „Das ist so viel, wie noch nie. Zum Vergleich: 1999 waren es gerade einmal 60 Millionen Euro“, sagt Hessens Sozialminister Stefan Grüttner und verweist auf die zahlrei-

chen Projekte und Initiativen zur Qualitätssicherung in den hessischen Einrichtungen und zum Ausbau der frühkindlichen Bildung.

2001 hat die Landesregierung das Regierungspräsidium Kassel mit der Auszahlung dieser Millionen summe betraut. Daraus wurde eine Erfolgsgeschichte. Das sieht auch der Sozialminister so, der sich von Zeit zu Zeit persönlich bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern in Kassel bedankt und sich mit ihnen bei einem Frühstück austauscht. „Sie leisten eine tolle Arbeit. Machen Sie bitte so weiter“, begrüßte er die Runde. Der Sozialminister zollt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem für die Bearbeitung

der hessischen Förderprogramme für die Kindertagesbetreuung Anerkennung. So hatte das Dezernat in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Jugendämtern und dem Fachreferat im Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration das gesteckte Ziel erreicht, bis zum 1. August 2013 in Hessen für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Tagesbetreuungsplatz zu schaffen.



... UND SIE NEHMEN ES GANZ GENAU

Zum Dezernat gehören Heidi Heerdt, Astrid Roßmann und Christin Weber. Sie sorgen dafür, dass mehr als 4100 Kindertagesstätten von knapp 2000 Trägern in Hessen ihre Betriebskostenförderung erhalten. Diese summierte sich 2016 auf exakt 351.612.372,00 Euro, heißt es im Regierungspräsidium. Dort nimmt man es genau. Nur drei Frauen stellen dort sicher, dass diese vielen Millionen Euro nicht nur pünktlich, sondern vor allem korrekt verteilt werden.

Gehen die Förderanträge für die Kindertageseinrichtungen ein, gleichen Heidi Heerdt und ihre Kolleginnen sie mit der Datenbank des Landesjugendamtes ab und prüfen, ob die Angaben im Antrag mit den Daten der Betriebserlaubnis der Kita überein-

stimmen. Zunächst unterziehen die Verwaltungsfachfrauen den Antrag einer „Logikprüfung“. Sie fragen, ob sich alle Angaben sinnvoll ineinanderfügen. Im Zweifel fragen sie beim Kitaträger nach, oder die Antragsteller suchen ihrerseits, während sie selbst am Computer sitzen, telefonisch den Rat der Fachfrauen in Kassel. Zum Regierungspräsidium Kassel gibt es den direkten Draht: Die Antragsteller können ihren Sachbearbeiterin unmittelbar anrufen.

HESSISCHES KINDERFÖRDERUNGSGESETZ ¹⁾

351.612.372,00 €	Landesförderung für Tageseinrichtungen
16.878.940,00 €	Landesförderung für Kindertagespflege
1.133.500,00 €	Landesförderung für Fachberatung - Bildungs- und Erziehungsplan
694.000,00 €	Landesförderung für Fachberatung - Schwerpunkt-Kitas
4.264.608,00 €	Landesförderung für Fachberatung - Fachdienste und Maßnahmen zur Gewinnung, Vermittlung, Beratung, Begleitung und Qualifizierung von Tagespflegepersonen
63.939.100,00 €	Landesförderung für die Freistellung vom Teilnahme- oder Kostenbeitrag
1.253.810,00 €	Investive Landesförderung
1.249.436,60 €	Landesförderung zur Begleitung und Weiterentwicklung frühkindlicher Bildungsangebote (Implementierung Bildungs- und Erziehungsplan, Modellprojekte)
15.136,50 €	Kostenerstattung für Kommunikationshilfendienste (Gebärdensprache)

FÖRDERUNG FÜR KINDERTAGESBETREUUNG IN HESSEN

261.286 Kinder in Kindertagesstätten - etwa **50.000 Kinder** im dritten Kindergartenjahr

ca. 4.100 Kindertagesstätten von knapp **2.000 Trägern** in Hessen bekommen Betriebskostenförderung

2016 rund **460 Millionen Euro Förderung** | **1999** rund **60 Millionen Euro Förderung** vom Land Hessen für die Kindertagesbetreuung in Hessen

¹⁾ alle Zahlenangaben betreffen die Auszahlungen im Jahr 2016



Scannen Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code und lesen Sie den kompletten Artikel online.

ABTEILUNG III

UMWELT- UND ARBEITSSCHUTZ

Kassel und Bad Hersfeld: Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz • Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz • Kommunales Abwasser, Gewässergüte, Industrielles Abwasser, Wassergefährdende Stoffe • Abfallwirtschaft • Immissions- und Strahlenschutz • Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik • Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe



Komplexes Verfahren sicher im Hafen

Der RP navigiert und bündelt im hohen Norden des Regierungsbezirks

DER GEPLANTE TRAUM WAR LANGE ZEIT AUS

Bad Karlshafen an der Nordspitze Hessens ist der geplante Traum. Landgraf Carl ließ das sumpfige Gebiet an der Mündung der Diemel in die Weser trockenlegen, um dort rund um einen Hafen eine Barockstadt anzulegen und ein Kanalsystem zu bauen, das im Idealfall über die Wasserscheide von Rhein und Rhone bis zum Mittelmeer führen sollte. Doch der Landgraf starb, der Kanalbau kam nur bis zum Schöneberg bei Hofgeismar und schließlich wurde noch der Hafen regelrecht dichtgemacht. Die Brücke über die einstige Hafeneinfahrt wurde zum befestigten Straßendamm, der das Becken für Schiffe von der Zufahrt zur Weser abriegelt.

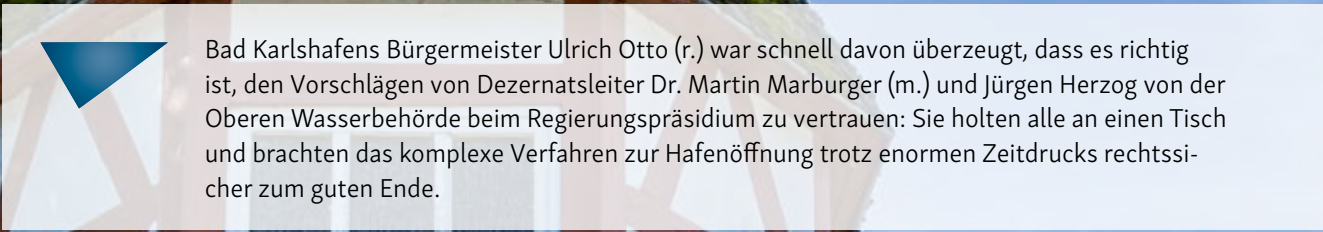
TOURISTISCH EIN BEGEHRTES ZIEL

Das Hafenbecken hat damit seine Funktion verloren. Frachtschiffe laufen diesen Hafen zwar schon lange nicht mehr an, aber für die Freizeitschiffahrt wäre das historische Hafenbecken, umsäumt von den barocken Häusern, ein begehrtes Ziel. Das zumindest dachte Bad Karlshafens Bürgermeister Ullrich Otto. Die Idee war umstritten. Als Jürgen Herzog, Sachbearbeiter im Dezernat oberirdische Gewässer und Hochwasserschutz beim Kasseler Regierungspräsidium, im Herbst 2015 von dem Plan der Karlsha-

fener erfuhr, ihr Hafenbecken wieder zur Weser hin zu öffnen, wandte er sich – proaktiv – an die Stadt. Doch damals hatte die Kommune noch nicht entschieden. Ende 2016 aber, erinnert sich Herzog, „kam das Verfahren ins Rollen“. Im Februar 2016 war ein Bürgerentscheid zugunsten der Hafenöffnung ausgegangen und im Januar 2017 stimmten die Stadtverordneten dafür.

DAS DEZERNAT OBERIRDISCHE GEWÄSSER, HOCHWASSERSCHUTZ

- ist als obere Wasserbehörde für 8650 km Oberflächengewässer zuständig
- davon gehören ca. 3300 km zur Gewässerkulisse der Wasserrahmenrichtlinie
- für ca. 1600 km Gewässer Ausweisung und per Rechtsverordnung gesicherte Überschwemmungsgebiete
- hat für 641 km Hochwassergefahren- und Risikokarten und Hochwasserrisiko-managementpläne aufgestellt
- hat die Aufsicht über 16 Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken
- führt Aufsicht über Pumpspeicherwerke und Kraftwerkskavernenbauten
- ist zuständig für die Belange von ca. 400 Laufwasserkraftwerken
- übernimmt Betrieb und Messung von und an 52 Gewässerpegeln, 15 Niederschlagstationen und 174 Grundwassermessstellen
- arbeitet jährlich bei ca. 350 Beteiligungsverfahren mit
- erteilt jährlich etwa 50 Zulassungen ua. im Bereich Renaturierung, Hochwasserschutz sowie für Projekte im Bereich Gewässerbenutzung/alte Rechte



Bad Karlshafens Bürgermeister Ulrich Otto (r.) war schnell davon überzeugt, dass es richtig ist, den Vorschlägen von Dezernatsleiter Dr. Martin Marburger (m.) und Jürgen Herzog von der Oberen Wasserbehörde beim Regierungspräsidium zu vertrauen: Sie holten alle an einen Tisch und brachten das komplexe Verfahren zur Hafeneröffnung trotz enormen Zeitdrucks rechtssicher zum guten Ende.



HW 191811

1851943

1021946

621909

111925

1411929

2171956

1771965

PEGELHAUS
ERBAUT 1901
RENOVIERT 1986
STAMMTISCH
„SIEBURG“



Die kolorierte Postkarte zeigt das Hafenbecken um 1905

Quelle: Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Außenstelle Marburg, Fotoarchiv

EHRGEIZ CONTRA ZEITDRUCK

Nun wurde es aber auch höchste Zeit. Denn der Umbau braucht ein gutes Jahr. Und um 5,5 Millionen Euro aus dem Programm Nationale Projekte des Städtebaus für die Investition von 6,1 Millionen Euro zu erhalten, muss er bis 2018 abgeschlossen sein. Sonst verfallen die Mittel. Ein ehrgeiziges Ziel. Zum Beispiel muss der Damm am Hafenbecken durch eine Brücke ersetzt werden, damit die Zufahrt für Schiffe unter der Straße wieder frei wird, und im Hafenbecken soll eine neue Schleuse zur Weser entstehen.

Schnell und rechtssicher musste das komplexe Verfahren also zum Ziel geführt werden. Weil keiner der Beteiligten ein Scheitern oder Verzögerun-

gen durch Verfahrensfehler riskieren wollte, nahmen alle Beteiligten gern das Angebot aus dem Regierungspräsidium an, sich als spätere Genehmigungsbehörde frühzeitig ins Verfahren einzuschalten – „dann ist es am Ende für alle leichter“, wie Dr. Martin Marburger, Leiter des Dezernats oberirdische Gewässer und Hochwasserschutz beim RP Kassel sagt. „Unsere Motivation ist es, dass Gefühl haben zu wollen: Es läuft!“

„Unser Job ist die Wahl des rechtssicheren und geeigneten Verfahrens“, sagt Dr. Marburger. Das Regierungspräsidium bot deshalb allen Beteiligten seine Expertise an: der Stadt und der Verwaltung der Staatlichen



Das teilweise verlandete und bewachsene Hafenbecken in Bad Karlshafen auf einem Foto von 2016; Foto: Andreas Weber

Schlösser und Gärten als Eigentümerin des Hafenbeckens, der Hessen Agentur, die Karlshafen im Quartiersmanagement unterstützt, sowie Hessen Mobil, der Behörde, die für die Straße über der Hafenzufahrt zuständig ist.

NICHT ÖFFENTLICH GING NICHT

Das nicht-öffentliche Plangenehmigungsverfahren, sagt Herzog, sei in diesem Falle nicht geeignet gewesen. Der mögliche Einwand eines einzigen Betroffenen hätte die gesamte wasserrechtliche Zulassung zum Scheitern bringen oder zumindest immens verzögern können. Darum habe es zum Planfeststellungsverfahren als einem öffentlichen Verfahren, in dem

die gesamte Planung öffentlich ausgelegt wird, und jeder Betroffene seine Einwände geltend machen kann, keine Alternative gegeben: „Damit werden alle öffentlichen und privaten Belange im Rahmen einer Abwägung berücksichtigt. Der Planfeststellungsbeschluss ersetzt und beinhaltet sämtliche anderen notwendigen Genehmigungen.“

DIE RICHTIGE LÖSUNG IST EINFACHER

Dr. Marburger erinnert an die Gespräche mit den Projektbeteiligten in Karlshafen: „Wir erklärten allen, die verständlicherweise zunächst mit einer augenscheinlich schlanken Lösung liebäugelten, dass diese am Ende womöglich gar nicht zum Ziel führt, sondern dass

die auf den ersten Blick komplexere Lösung die richtige und damit am Ende auch die einfachere ist.“ Alle haben zugehört und sind der Argumentation gefolgt. Im Februar 2017 hat das Regierungspräsidium Inhalt und Umfang der Planunterlagen festgelegt, „und weil alle so eng eingebunden waren“, sagt Herzog, „waren die Unterlagen, schon als sie eingereicht wurden, zu 95 Prozent in Ordnung“.



STADT, LAND, FLUSS UND STRASSE: ALLES IST WICHTIG

Es gibt viel zu bedenken, wenn ein Hafenbecken wieder in Betrieb genommen werden soll: Die technische Planung, die Sicherheit des Bootsverkehrs auf der Weserseite und eine naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Begleitplanung sind notwendig, Hessen Mobil ist wegen des Straßenumbaus zu beteiligen und auch ein Lärmschutzgutachten ist erforderlich, damit Anwohner später nicht vom Tuckern der Bootsmotoren unzumutbar belastet werden.

SÄMTLICHE POSITIONEN SIND ABGESTIMMT

Der Kommune sollen die Fördermittel des Bundes nicht durch eine lange Verfahrensdauer entgehen. Ziel des Regierungspräsidiums als der zuständigen Genehmigungsbehörde ist es deshalb, das Planfeststellungsverfahren rechtssicher und in der kürzest möglichen Zeit abzuschließen. Damit vor dem Verfall der Fördersumme alles fertig werden kann, hat die Behörde den vorzeitigen Baubeginn zugelassen – unter dem Vorbehalt, dass alles rückzubauen ist, wenn



Bald soll Bad Karlshafen wieder zu Recht den Hafen im Namen führen. Auf dem Übergang zwischen Hafenbecken und Weser freuen sich Ulrich Herzog, Bürgermeister Ulrich Otto und Dr. Martin Marburger darauf.

das Planfeststellungsverfahren nicht erfolgreich endet. „In einem solchen Verfahren“, sagt Herzog, „hören wir nicht nur die Privatleute, sondern auch andere Behörden an und stimmen die Positionen miteinander ab.“ Notwendig war zum Beispiel die Abstimmung mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt in Hannoversch Münden: Der neue Warteplatz für jene Schiffe auf der Weser, die in den Hafen einfahren wollen, ist derzeit noch der Liegeplatz für ein großes Fahrgastschiff. Das Problem konnte gelöst werden.



Scannen Sie mit Ihrem Smartphone den QR-Code und lesen Sie den kompletten Artikel online.

Ulrich Otto

Bürgermeister Bad Karlshafen:

„Natürlich wäre ich gern ohne Planfeststellungsverfahren ausgekommen. Aber dann konnte ich die Herausforderungen und Hürden erkennen und war froh dass sich Herr Herzog vom Regierungspräsidium eingeklinkt hat. Jetzt haben wir Rechtssicherheit.“

„In einem solchen Projekt liegen Herausforderungen und Hürden, die ein Normalbürger schwer voraussehen kann. Und so unkompliziert, wie wir uns jetzt dem Erfolg nähern, hätten wir es ohne unser Regierungspräsidium nicht geschafft.“

Dr. Martin Marburger

Dezernatsleiter Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz
beim Regierungspräsidium Kassel:

„Wir spüren mögliche Probleme auf, bevor es Streit darum gibt. Wir sind eine Behörde der kurzen Wege, nicht nur räumlich, sondern auch fachlich. Wir sind schneller, weil wir die Kompetenz bündeln.“

„Wenn junge Mitarbeiter in unsere Behörde kommen, dann werden sie zu umfassend gebildeten Verwaltungsfachleuten. Sie wachsen sozusagen ‚mehrsprachig‘ in ihre Aufgaben hinein.“

Heribert Josef Vortmann

Quartiermanager der Hessenagentur in Bad Karlshafen:

„Alle Mitwirkenden arbeiten im Vertrauen darauf zusammen, dass es eine Genehmigung gibt. Hier reichte es nicht, die Leistungsphasen nacheinander zu bearbeiten, sondern wir arbeiteten parallel an verschiedenen Stufen des Projekts. – Ein Wellenritt, aber eine sehr gute Steuerleistung des RP.“

Diplom-Ingenieurin Stefanie Müller

Betreuerin des Hafen-Projektes:

„Das Regierungspräsidium hat alle Beteiligten an seinen langen Tisch geholt, um das rechtssichere Vorgehen abzustimmen, damit das Projekt ein Erfolg werden kann. So einen langen Tisch haben wir im Rathaus gar nicht.“

Diplom-Ingenieur Björn Helfers

Projektleiter der grbv Ingenieure im Bauwesen, Hannover:

„Am 2. Februar 2017 hat das Regierungspräsidium 27 Vertreter der am Verfahren beteiligten Stellen an den Tisch geholt. Das fand ich schon sehr erstaunlich und für das Projekt sehr förderlich.“





Innovation leben und Transformation begleiten

Die kasseler Verwaltungswissenschaftlerin Prof. Dr. Sylvia Veit über Zukunftsthemen für die Regierungspräsidien

Frau Professor Dr. Veit, Sie befassen sich wissenschaftlich mit Verwaltung. Ist das spannend?

Ja, alle denken, es sei verstaubt, aber kein Staat funktioniert ohne Verwaltung. Im modernen Wohlfahrtsstaat besteht der öffentliche Sektor aus unterschiedlichsten Organisationen mit einer Vielzahl von Aufgaben – denken Sie nur an so verschiedene Bereiche wie Schulen, Universitäten, die Polizei, Umweltämter, Ministerien, die Bundesbank oder öffentliche Unternehmen. Wissenschaftlich spannend ist zum Beispiel, wie diese Organisationen gesteuert werden, wie das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung aussieht oder wie Qualitätssicherung funktioniert.

Funktioniert ein Staat denn ohne Regierungspräsidien?

In den meisten deutschen Flächenländern haben regional ausgerichtete Bündelungsbehörden eine lange Tradition und erfüllen wichtige Aufgaben im Verwaltungsgefüge. Niedersachsen hat seine Bezirksregierungen – das Äquivalent zu den Regierungspräsidien in Hessen – 2005 abgeschafft, und es hat sich gezeigt, dass die Personalabbauwirkungen eher gering waren. Das hätte man auch anders erreichen können. Gleichzeitig gab es in bestimmten Bereichen, etwa der Umweltverwaltung oder bei der Koordination in Planungs- und Genehmigungsprozessen, Qualitätseinbußen. Und mit der Einführung der Ämter für regionale Landesentwicklung wurde die Abschaffung der niedersächsischen Bezirksregierungen ja dann auch teilweise wieder zurückgenommen. >

Innovation leben und Transformation begleiten -

Die Kasseler Verwaltungswissenschaftlerin Prof. Dr. Sylvia Veit über Zukunftsthemen für die Regierungspräsidien

Wo liegen die Vorteile von Regierungspräsidien?

Diese Behörden verfügen über die Kenntnis der Region, bündeln verschiedenste Verwaltungsaufgaben in einer Behörde, erleichtern dadurch die Koordination und ermöglichen den Verzicht auf zahlreiche Sonderbehörden. Die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben durch Regierungspräsidien hat auch Kostenvorteile, da Spezialisierungen möglich sind und Fachkompetenz gebündelt werden kann.

Aber sind diese Bezirksregierungen in Zeiten, in denen Europa als weitere suprastaatliche Ebene hinzugekommen ist, noch zeitgemäß – oder überflüssig?

Sicher sind sie noch zeitgemäß. In Baden-Württemberg zum Beispiel wurden diese Behörden in den letzten Jahren gestärkt, weil viele Aufgaben von Sonderbehörden auf sie übertragen wurden. Und für Europa sind die Regionen als Bezugspunkt sehr wichtig. Die EU hat ja auch kaum eigene Verwaltungsbehörden. Die Verwaltungsaufgaben werden fast alle weiterhin von den Verwaltungen der Mitgliedsstaaten wahrgenommen, und da spielen die Landesverwaltungen in Deutschland eine sehr wichtige Rolle. Das wird auch zukünftig so bleiben.

Frau Prof. Dr. Veit, Sie gestalten die Zukunft von Verwaltung, denn Sie sind wissenschaftliche Leiterin des berufs begleitenden Studiengangs „Master of Public Administration“ der Unikims, der Management-School der Universität Kassel. Ist das Interesse junger Leute an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Verwaltung groß?

Sehr groß! Den Studiengang gibt es seit knapp zwei Jahrzehnten und er zieht Studierende aus ganz Deutschland an. In den letzten Semestern haben wir die Zahl unserer Studiengruppen mehr als verdoppelt und müssen dennoch jedes Semester viele Studieninteressierte auf die Warteliste setzen. Die Studierenden arbeiten in allen Bereichen des öffentlichen Sektors, auch in Regierungspräsidien. Sie sind hoch motiviert, weil sie einen Sinn in der Arbeit für das Gemeinwesen sehen und ihre Ideen einbringen wollen.

Was muss man denn heute lernen, um morgen gut verwalten zu können? Denn gut verwaltet haben doch schon Napoleon und der Alte Fritz.

Es ist richtig, mit der Aufklärung wurden die Grundlagen für die

Moderne gelegt, aber seitdem hat sich doch einiges getan. Verwaltungen heute „verwalten“ nicht nur, in modernen Demokratien koordinieren sie auch Planungs- und Entscheidungsprozesse, wie es zum Beispiel das Kasseler Regierungspräsidium tut. Sie tauschen sich mit Bürgern aus, sind in Verhandlungen auf EU-Ebene involviert, beraten die Politik und steuern Innovationsprozesse. Außerdem stellen sich etwa durch die digitale Transformation und die Europäisierung viele Herausforderungen. Und natürlich haben sich auch die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung verändert, weg vom Untertanen hin zum selbstbestimmten Bürger.

Wie hat der Wandel den Alltag heute schon erfasst?

Ich bleibe mit meinem Beispiel bei den Studierenden. Für sie ist im Verwaltungsalltag vor allem die Digitalisierung ein großes Thema. Dabei geht es nicht nur um Veränderungen hergebrachter Kommunikationsformen oder die eAkte, sondern auch um die Digitalisierung aller internetfähigen Dienstleistungen und im Zusammenhang mit der Forderung nach Open Government auch um Transparenz des Verwaltungshandelns, die Bereitstellung von Daten für Bürgerinnen und Bürger und um neue Formen der Partizipation. Zudem hat der internationale Verwaltungsreformtrend des New Public Managements in den letzten zwei Jahrzehnten dazu geführt, dass Leistung und Performance in Verwaltungen viel wichtiger geworden sind, der Effizienzgedanke hat Einzug in die Verwaltungen gehalten.

Was heißt in diesem Zusammenhang Leistung, Performance und Effizienz? War Verwaltung bisher ineffizient?

Das kann man so pauschal nicht sagen. Aber sicher fehlten mancherorts die Leistungsanreize und die Anreize zum effizienten Umgang mit öffentlichen Geldern – man denke an das berühmte „Dezemberfieber“. Performance und Leistung sind je nach Verwaltungsaufgabe und Bereich unterschiedlich zu definieren und zu messen. Insbesondere wenn es sich um sehr komplexe Aufgaben handelt und um Aufgaben, deren Nutzen sich nicht so leicht quantifizieren lässt wie in einigen Bereichen der Sozialverwaltung, sind hier aber auch Grenzen vorhanden. Privatwirtschaftliche Effizienzansätze lassen sich nicht eins zu eins auf die öffentliche Verwaltung übertragen.



Prof. Dr. Sylvia Veit, Jahrgang 1977, studierte von 1997-2003 Politikwissenschaft an der Universität Potsdam, wo sie 2009 promovierte.

Von 2013 bis 2014 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation der Universität Potsdam. Seit 2014 ist sie Professorin für Public Management am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Kassel und Akademische Leiterin des berufsbegleitenden Masterstudienganges Öffentliches Management/Public Administration. Prof. Veit ist Mitherausgeberin der Zeitschrift "der moderne staat", Gutachterin für zahlreiche internationale Fachzeitschriften und Forschungsförderorganisationen, und sie ist Autorin von mehr als 50 verwaltungswissenschaftlichen Publikationen.

Nähere Informationen: <http://www.uni-kassel.de/go/sveit>



Ist nun die Digitalisierung der Auslöser und Beschleuniger dieser Entwicklung? Mir sagte jüngst ein Bürgermeister, er denke, dass er ein weißes Blatt nehmen und Verwaltung ganz neu entwerfen müsse.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen zur Schaffung von Transparenz, zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit, zur Erhöhung der Nachhaltigkeit und auch zur Effizienzsteigerung. Die Idee des „weißen Blattes“ ist sicherlich gut, um neue Ideen zu entwickeln und Innovationen anzustoßen. In der Praxis ist aber die Vorstellung, bestehende Strukturen, Prozesse und Normen komplett über Bord zu werfen aus meiner Sicht weder realistisch noch wünschenswert.

Auch wenn es nur ein Ausschnitt ist, aber wie haben denn die modernen Informationstechniken die Verwaltung bisher schon verändert?

Die gesamte Veraktungskultur der Verwaltung ändert sich. Kommunikation wird vereinfacht und beschleunigt – und das betrifft natürlich nicht nur verwaltungsinterne Prozesse, sondern auch die >

Innovation leben und Transformation begleiten -

Die kasseler Verwaltungswissenschaftlerin Prof. Dr. Sylvia Veit über Zukunftsthemen für die Regierungspräsidien

Kommunikation mit Bürgern oder den Medien.

Das heißt: Wir wählen in der Kommunikation den direkten, digitalen Trampelpfad statt des alten Dienstwegs?

Der Dienstweg ist noch immer das formale Verfahren, aber die informellen Praktiken ändern sich. Das kann Entscheidungsprozesse beschleunigen und Koordination erheblich vereinfachen.

Sie sprachen die Kommunikation mit den Bürgern an. Wie offen für Vorschläge der Bürger darf Verwaltung in Planungsprozessen sein - auch wenn sich vielleicht nur ein lauter, meinungsstarker Teil der Öffentlichkeit einbringt?

Viele Bürger fühlen sich in der repräsentativen Demokratie nicht mehr immer gut vertreten, das zeigt sich in der wachsenden Anzahl an Nicht- und Protestwählern und in einer zunehmenden Politikverdrossenheit. Man möchte sich themenbezogen einbringen können. Vor allem auf kommunaler Ebene hat das dazu geführt, dass direkt-demokratische Elemente und neue Partizipationsformen an Bedeutung gewonnen haben. Natürlich werden diese Angebote nicht von allen gleichermaßen genutzt, aber ich denke nicht, dass deshalb der Weg zurück der bessere wäre. Wichtig ist, dass Partizipationsmöglichkeiten von den Bürgern nicht als Alibiveranstaltung empfunden werden, sondern eine ernsthafte Auseinandersetzung stattfindet. Das kann für Politik und Verwaltung sehr herausfordernd und schwierig sein.

Wie kann sich die Verwaltung auf die veränderten Erwartungen der Bürger einstellen?

Ganz wichtig ist, dass auch Verwaltungen sich immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen anpassen müssen – hin zur lernenden Organisation. Wir schulen die Studierenden deshalb beispielsweise im Change Management. Natürlich behandeln wir im Studium auch konkrete Herausforderungen wie den demographischen Wandel, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung oder die schon erwähnte Digitalisierung.

Change Management und lernende Organisation - Was heißt das im Behördenalltag konkret?

Das heißt vor allem, dass dies als zentrale Herausforderung und Führungsaufgabe begriffen werden muss, damit zum Beispiel die di-

gitale Transformation der Verwaltung gelingt.

Zumindest der deutsche Staat will seine Verschuldung einhegen und strebt die schwarze Null an. Muss er also Stellen streichen?

Ganz neu ist das ja nicht – Haushaltskonsolidierung und Personalabbau sind schon seit den 1990er Jahren ein wichtiges Thema. In vielen Bereichen der Verwaltung waren die Kürzungen so massiv, dass ein weiterer Personalabbau kaum mehr möglich ist. So war etwa auf Bundesebene der Tiefpunkt schon 2008 erreicht, seitdem hat es wieder einen leichten Personalaufbau gegeben. Vielerorts wird zudem verstärkt auf befristet Beschäftigte zurückgegriffen und es wird insgesamt seltener verbeamtet. Gleichzeitig standen Privatisierungen auf der Agenda, es wird in vielen Bereichen auf öffentlich-private Partnerschaften, sogenannte PPPs, zurückgegriffen oder es werden Aufträge an Dritte vergeben. Für die Verwaltung bedeutet das unter anderem, dass neue Kompetenzen und Aufgaben wichtig geworden sind. Und dass Personalentwicklung ein ganz wichtiges Thema ist, damit trotz manchmal schwieriger Rahmenbedingungen die Motivation und Arbeitszufriedenheit erhalten bleibt!

Welche neuen Kompetenzen sind gefordert, und für welche Aufgaben muss das Personal wie entwickelt werden?

Beispielsweise werden Kompetenzen im Projektmanagement, Beteiligungsmanagement und im IT-Bereich wichtiger. Mit Personalentwicklung meine ich aber nicht nur den Bereich der Schulungen und Fortbildungen, sondern auch die Dezentralisierung von Verantwortung, die Öffnung von Karrierepfaden, die Wertschätzung von Engagement und Ideen sowie die Schaffung motivationsfördernder Rahmenbedingungen wie die Unterstützung von Telearbeit in geeigneten Fällen.

Demnächst gehen die Babyboomer in den Ruhestand - auch in der Verwaltung. Leeren sich dann die Amtsstuben?

In manchen Bereichen ist jetzt schon spürbar, dass es schwierig ist, geeignete Nachwuchskräfte zu finden – vor allem dort, wo die Verwaltung mit der Privatwirtschaft oder anderen Sektoren konkurriert. Allein durch Personalmarketing lässt sich das nicht lösen. Wichtig ist, dass die Verwaltung ein attraktiver Arbeitgeber ist, und das hat ganz viel mit individuellen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu tun!

>



Was erwarten denn Ihre Studierenden von ihrem künftigen Arbeitgeber?

Sie wollen Verantwortung übernehmen, ihre Ideen einbringen können, Aufstiegschancen haben.

Und wo liegen die Stärken der Regierungspräsidien in der Zukunft?

Der demographische Wandel stellt insbesondere die Kommunalverwaltungen vor große Herausforderungen. Gerade kleinere Kommunen werden einige Verwaltungsaufgaben – insbesondere diejenigen, die ein hohes Spezialwissen erfordern – nicht mehr aus eigener Kraft wahrnehmen können. Hier kann interkommunale Kooperation ein Ausweg sein oder auch die Wahrnehmung von weiteren Aufgaben durch regional ausgerichtete Bündelungsbehörden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit. Sicher gibt es hier ein Spannungsfeld zwischen Verwaltungseffizienz einerseits und demokratischer Kon-



Die Universität Kassel bietet den berufsbegleitenden Studiengang „Master of Public Administration“ der Unikims, der Management-School, an. Im Bild der Standort am Holländischen Platz mit dem neuen Campus Center.

trolle und Partizipation andererseits. Deshalb sind Partizipation, Bürgerorientierung und Digitalisierung wichtige Zukunftsthemen für die Regierungspräsidien. Zudem wird die regionale Nähe, welche die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben ermöglicht, auch in Zukunft eine Stärke der Regierungspräsidien bleiben.

**Das Gespräch mit Prof. Dr. Sylvia Veit führte
Claus Peter Müller von der Grün**





Die Politik kommt wirklich im Alltag an

Claus Peter Müller von der Grün

Foto: privat

Für die journalistischen Beiträge in dieser Publikation konnte das Regierungspräsidium mit der Region NordOstHessen Claus Peter Müller von der Grün als Autor gewinnen. Claus Peter Müller von der Grün studierte an der Universität Dortmund Journalistik und Politik mit einem Schwerpunkt auf Wirtschaftspolitik. Nach der journalistischen Ausbildung bei den Ruhr-Nachrichten in Dortmund und im ZDF-Studio Düsseldorf wechselte er in die Verlagsgruppe der F.A.Z.. Von 1991 an war er Korrespondent für Hessen und Thüringen. Seit 2016 arbeitet er als freier Journalist.

Das Regierungspräsidium Kassel hat ein Leitbild. Aber lebt es? Und wird es gelebt? Wir diskutierten darüber. Wir – das sind einerseits die Vertreter der Behörde, und andererseits ich, der außenstehende Dritte, der sich als Journalist wiederholt mit Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreformen sowie mit Hessen und seinen Regionen befasst hat und 1991 zum ersten Mal über „den RP“ schrieb. Wir kamen überein, die unmittelbaren Partner des RP im Verwaltungshandeln – also Vertreter des Landes, der Region und der Kommunen - zu Wort kommen zu lassen. Gesagt, getan. Die Aussagen der Interviewpartner sprechen für sich. Der „RP“ funktioniert. Die Behörde und ihre Mitarbeiter nehmen Aufga-

ben für das ganze Land kompetent wahr. Sie moderieren, ergreifen Initiative, vermitteln und vertreten Interessen. Sie führen komplexe Verfahren mit abgestimmten Entscheidungen zum Ziel. Sie tragen mit ihrem Wissen und Können dazu bei, die Region ökonomisch und ökologisch als Lebensraum für die Menschen zu entwickeln. Der „RP“ sorgt dafür, dass die Politik im Alltag wirklich ankommt.

Bisweilen wird die Behörde zunächst als störend wahrgenommen, als Beschützer von Molchen und Fledermäusen, als eine Institution, die an unangenehme Wahrheiten wie den demographischen Wandel erinnert und die das vermeintlich Einfache ins Unverständliche verkompliziert.

Es ist aber nicht die Behörde, die stört und behindert. Es sind die unterschiedlichen, legitimen Interessen einzelner Menschen, die aufeinandertreffen, wenn etwa der Gesundheitsschutz des einen dem Bedürfnis nach Broterwerb des anderen entgegensteht. Solche Gegensätze bestehen immer. Aber häufig erst, wenn sich der RP einschaltet, werden die widerstreitenden Interessen für alle sichtbar. Die komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die dann folgen, sind die Instrumente, mit denen der demokratische Rechtsstaat für einen möglichst fairen Ausgleich der Interessen zum Wohle aller sorgt. Das mag abstrakt und abgehoben klingen, aber es erleichtert uns allen das Leben, wie ein Blick in Länder lehrt, wo Autokratie und Willkür herrschen. Politik ist mehr als nur ein „Deal“. Mit einer Entscheidung, wie für oder gegen den Bau eines Verkehrsweges, müssen Menschen über Generationen leben. Sie ermöglicht Chancen für Jahrhunderte oder schließt sie faktisch für immer aus. Darum lohnt es, um die bestmögliche Entscheidung hart zu ringen.

Doch in diesem Regierungsbezirk fallen selbst die umstrittensten Entscheidungen - etwa über die Ausweisung von Gewerbeflächen - seit langem schon im Konsens. Regionalplanung und Regionalversammlung achten und ergänzen einander. Sie nehmen die ganze Region in den Blick, nicht nur eine Stadt oder einen Kreis. Sie gestalten Politik beinahe reibungslos, wenn wir an die Debatten um Windkraftflächen denken und sie mit dem Streit in anderen Landesteilen vergleichen. Regionalplanung und Regionalversammlung sorgen dafür, dass das, was Bund und Land entscheiden, im Leben der Städte, Dörfer und Weiler am Ende funktioniert. Sie fangen Nachteile und Mängel sowohl vollzogener, als auch unterlassener Gebiets- und Funktionalreformen auf, indem sie einen zeitgemäßen Interessenausgleich finden. NordOstHessen lebt daher – politisch - ziemlich unbemerkt.

Das hat Gründe: Der „RP“ erfüllt seine Aufgabe des Bündelns und Vermittelns zwischen den politischen Ebenen von Kommunen

und Staat seit langem. Wenn eine Behörde über mehr als ein- einhalb Jahrhunderte Bestand hat, wenn sie verschiedene politische Systeme und Kriege überdauert hat – ähnlich wie die deutsche Sozialversicherung –, wenn sie sich neuen Anforderungen immer wieder anpasst, wenn ihre Funktion erfüllt und respektiert wird, dann hat sie sich ganz offenbar bewährt. Wenn es sein muss, gehen die Nordhessen für ihren „RP“ sogar auf die Straße. Andernorts glaubt einem das (fast) keiner.

Zudem umfasst der Regierungsbezirk Kassel eine historisch gewachsene Einheit, die als ein Lebensraum empfunden wird. Das ernstere Kassel, aber auch das heitere Fulda sind die Hauptstädte einst selbständiger politischer Einheiten, und sie sind heute – infrastrukturell sowie aufgrund ihrer Größe und ihres ökonomischen Gewichts – die beiden unbestrittenen Zentren im Bezirk. Sie konkurrieren nicht. Woanders ist das alles nicht so einfach.

Schließlich ist der RP „nah dran, nicht nur räumlich“, wie es ein

Bürgermeister sagt. Die Zusammenarbeit gelinge „auf Augenhöhe“, heißt es immer wieder. Es herrsche gegenseitiges Vertrauen. Der Präsident selbst und die Vertreter der Behörde verfügten über die Kenntnis des Ortes. Sie seien ständig unterwegs, spürten die Probleme auf und lösten sie häufig, bevor sie überhaupt zum Verwaltungshandeln führten. Nicht überall ist das so scheinbar selbstverständlich.

Der Nordhessen schließt – wie stets – mit einem Seufzer:

Wenn „die in Wiesbaden“ nur endlich einmal merkten, wie gut sie es mit uns hier oben haben: Beinahe klaglos, glücklich, vorbildlich!



Informationen zu Ausbildung und Studium im Regierungspräsidium **Kassel**

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER GESTALTEN DIE INNOVATION UND TRANSFORMATION IN UNSERER BEHÖRDE.

Das Regierungspräsidium Kassel schafft als mitarbeiter- und familienfreundlicher Arbeitgeber optimale Rahmenbedingungen. In vielen Arbeitsbereichen wird Telearbeit ermöglicht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können aus einer Vielzahl von Arbeitszeitmodellen wählen.

Das Regierungspräsidium Kassel legt Wert auf eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Ausbildung, Fortbildung und Personalentwicklung. Wir passen unser Ausbildungsangebot den aktuellen Herausforderungen an und bieten derzeit Ausbildungen in den folgenden Berufen an:

- Verwaltungsfachangestellte/-r
- Kauffrau/-mann für Büromanagement
- Sekretäranwärter/-in
- Inspektoranwärter/-in
- Fachkraft für Wasserwirtschaft
- Technische(r) Oberinspektoranwärter/-in in der Umweltverwaltung
- Technische(r) Oberinspektoranwärter/-in in der Fachrichtung Arbeitsschutz
- Referendariat in der Fachrichtung Umwelttechnik/Umweltschutz, Fachgebiet Umwelttechnik
- Rechtsreferendariat

Darüber hinaus bieten wir Praktika für Schülerinnen, Schüler und Studierende in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Behörde an.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind uns wichtig. Deshalb konzipieren wir behörden- und zielgruppenspezifische Personalentwicklungsmaßnahmen.

Fortbildung wird bei uns groß geschrieben.

Wir bieten attraktive Langzeitfortbildungen wie die zum/zur Verwaltungsfachwirt/-in, zum/zur Verwaltungsfachangestellten und die Qualifikation zur Ausbildung der Ausbilder/-innen an. In Planung sind auch berufsbegleitende Masterstudiengänge.

Zur optimalen Vorbereitung auf den beruflichen Alltag und auf besondere Herausforderungen ermöglichen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme an zahlreichen und vielfältigen qualifizierenden Kurzzeitfortbildungen und Seminaren.

Fotos Umschlag, von oben links: Peter Mannert, Stadt Bad Arolsen, Stadt Fulda, Stadt Fritzlar, Stadt Baunatal, Touristinfo Willingen, Gemeinde Bad Wildungen, Rhön Tourismus & Service GmbH, Gemeinde Bad Wildungen, Stadt Bad Hersfeld, Stadt Bad Sooden-Allendorf, Peter Bräutigam



Bilder von oben links:

Neuhof, Twistesee, Fulda, Fritzlar, Baunatal, Willingen, Edersee, Rhön, Bad Wildungen, Bad Hersfeld, Bad Sooden-Allendorf, Kassel

Gleichstellungsbeauftragte Frau Adler	Tel. 106-1017
Datenschutzbeauftragter Herr Riske	Tel. 106-3820
Behördeninterner Arbeitsschutz Sonderaufgaben Arbeitsschutz Herr Palm	Tel. 106-2715

Regierung
Herr Dr. Lübcke

Regierungsv
Herr Klüber

**Abteilung Z
Zentralabteilung**

Herr Klüber Tel. 106-1100
Fax 106-1611

**Abteilung I
Beamtenversorgung, Beihilfen,
Soziales**

Herr Zappi Tel. 106-1110
Fax 0611 327641120

**Abteilung II
Verkehr, Planung, ländlicher
Raum, Verbraucherschutz**

Herr Otto Tel. 106-2100
Fax 106-16900

- Z1 Innere Organisations- und Planungsangelegenheiten, Informationstechnik, Interne Revision***
Frau Krüger Tel. 106-1102
Frau Scheffel Tel. 106-1107
- Z2 Finanzen**
Frau Kühle Tel. 106-1426
- Z3 Personal, Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung**
Herr Dr. Hinz Tel. 106-1210
- Z4 Justitiariat, Datenschutz**
Frau Schröder Tel. 106-1470
- Z5 Kommunalaufsicht**
Frau Ziegler Tel. 106-2144
(kommissarisch)

- 11 Beamtenversorgung**
Frau Sommer Tel. 106-1360
- 12 Beihilfen**
Frau Aue Tel. 106-1295
- 13 Soziales und Förderwesen**
Herr Dr. Kreuzsch Tel. 106-2440
Frau Frey Tel. 106-2653

- 21 Regionalplanung, Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft**
Frau Linnenweber Tel. 106-3000
- 22 Verkehr**
Herr Steinmetz Tel. 106-3000
- 23 Veterinärwesen und Verbraucherschutz**
Herr Dr. Franz Tel. 106-2000
- 24 Schutzgebiete, Artenschutz, Biologische Vielfalt, Landschaftspflege**
Frau Nordmann Tel. 106-4000
- 25 Landwirtschaft, Fischerei**
Herr Laczny Tel. 106-4000
- 26 Forsten, Jagd**
Herr Schulzke Tel. 106-4000
- 27 Naturschutz bei Planungen und Zulassungen, Naturschutzdat**
Herr Vahle Tel. 106-4000

Stand September 2017
*) fachlich unmittelbar der Behördenleitung unterstellt
Ständige Vertretungen in kursiver Schrift

Präsident
Tel. 106-1000

Pressesprecher
Herr Conrad Tel. 106-1010

Persönlicher Referent
Herr Merz Tel. 106-1011

Vizepräsident
Tel. 106-1100

Kompetenzzentrum Energie
N. N. N. N.



**Abteilung III
Umwelt- und Arbeitsschutz**
Herr Hausmann Tel. 106-3500
Fax 106-1661
Standortvertretung Bad Hersfeld
Herr Selle Tel. 06621 406-870

**Abteilung IV
Sicherheit und Ordnung**
Frau Dombois Tel. 106-4000
Fax 0611 327640930

Kassel

31.1 Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz
Herr Sudhoff Tel. 106-3710

31.3 Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz
Herr Dr. Marburger Tel. 106-3590

31.5 Kommunales Abwasser, Gewässergüte, Industrielles Abwasser, Wassergefährdende Stoffe
Herr Trautmann Tel. 106-3670

32.1 Abfallwirtschaft
Frau Krumminga Tel. 106-3790

33.1 Immissions- und Strahlenschutz
Frau Tanneberg Tel. 106-3860

35.1 Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik
Herr Kny Tel. 106-2730

35.3 Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe
Frau Dr. Vater Tel. 2000-199
Herr Dr. Westhof Tel. 106-4810

Bad Hersfeld

31.2 Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz
Frau Kaemling Tel. 06621 406-775

31.4 Kommunales Abwasser, Gewässergüte, Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz
Herr Vicum Tel. 06621 406-780

31.6 Industrielles Abwasser, Wassergefährdende Stoffe, Salzwasserentsorgung
Herr Schädlich Tel. 06621 406-740

32.2 Abfallwirtschaft
Herr Dr. Kunzmann Tel. 06621 406-820

33.2 Immissionsschutz und Energiewirtschaft
Frau Heuer Tel. 06621 406-840

34 Bergaufsicht
Herr Selle Tel. 06621 406-870
Herr Elborg Tel. 06621 406-876

35.2 Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik
Frau Gräb-Trinter (kommissarisch) Tel. 106-2750

41 Hoheitsverwaltung, Gewerbe
Herr Nödler Tel. 106-1450

42 Ausländerrecht
Herr Papenfuß Tel. 106-1460

43 Brand- und Katastrophenschutz
Herr Finis Tel. 106-2417

44 Zentrale Bußgeldstelle
Herr Koch Tel. 106-1700

